

Kommunalpolitisches Programm 2014

# Bürgerkompetenz ins Rathaus

sös

**Stuttgart.** Ökologisch. **Sozial.**  
Parteifrei. Anders

Wenn einer alleine träumt, dann bleibt es ein Traum. Wenn aber alle  
gemeinsam träumen, dann wird es Wirklichkeit (Bischof Helder Camara)



## **Kommunalpolitisches Programm 2014**



**Weitere aktuelle Informationen auf unseren Internetseiten**

**[www.s-oe-s.de](http://www.s-oe-s.de)**

**[www.waehlen-ist-nicht-genug.de](http://www.waehlen-ist-nicht-genug.de)**

**Beschlossen am 01.03.2014**

### **SÖS Spendenkonto**

IBAN: DE95 4306 0967 0068 9987 00

BIC: GENODEM1GLS

GLS Bank

### **Impressum**

Stuttgart Ökologisch Sozial

V.i.S.d.P. Hannes Rockenbauch

Heinrich-Baumann-Str. 43

70190 Stuttgart

## Liebe Stuttgarterinnen und Stuttgarter,

am 25.5.2014 wählen Sie einen neuen Gemeinderat. Damit entscheiden Sie, wer im Stuttgarter Rathaus für die nächsten fünf Jahre die Geschicke lenkt. Es sind aber nicht die Menschen im Rathaus, die in den letzten fünf Jahren Geschichte geschrieben haben. Es sind die Stuttgarterinnen und Stuttgarter selbst. Denn gegen das Immobilien- und Tunnelprojekt "Stuttgart 21" ist eine Bürgerbewegung entstanden, die eine Politisierung der ganzen Stadt in Gang setzte. Stuttgart ist in Bewegung, viele Menschen suchen nach neuen lebendigen Formen von Politik und fordern ihr Recht auf demokratische Teilhabe ein. Ökologie und Soziales, die Forderung nach Bürgerbeteiligung stehen seither im Zentrum der Aufmerksamkeit. Heute muss sich jede Fraktion im Gemeinderat daran messen lassen, wie sie zu den Forderungen der vielen Initiativen steht. Das wissen auch die Parteien, so sind jetzt im Wahlkampf wieder allerlei Versprechen von ihnen zu hören.



*"Utopien sind entscheidende Kraftquellen jeder Emanzipationsbewegung (...) Sie öffnen den Horizont für den Blick auf eine vernünftig organisierte Welt."*  
Oskar Negt

Seit zehn Jahren arbeite ich nun im Stuttgarter Gemeinderat für ein ökologisches und soziales Stuttgart. Seit 2009 ist das parteifreie Bündnis SÖS zusätzlich mit Maria-Lina Kotelmann und Gangolf Stocker im Rathaus vertreten. Wir kennen die Kommunalpolitik und wissen, die Kreativität, Kompetenz und Träume der Stuttgarterinnen und Stuttgarter spielen im Rathaus kaum eine Rolle. Den traurigen Beleg dazu liefern die letzten Haushaltberatungen (s. S.5).

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir das ändern und für frischen Wind im Rathaus sorgen. Deswegen ist es unser Ziel, als parteifreies Bündnis mindestens mit Fraktionsstärke im nächsten Gemeinderat vertreten zu sein. SÖS ist ein parteifreies Bündnis von Menschen, denen es wichtig ist, was in und mit Stuttgart passiert - und denen auch wichtig ist, was in und mit der Welt passiert. Bei uns kann jeder mitmachen, der sich für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, für gelebte Demokratie und eine solidarische und soziale Gesellschaft einsetzen will. SÖS ist anders!

Unser Traum von einer anderen Kommunalpolitik in Stuttgart speist sich aus den positiven Erfahrungen, die wir als Aktive in vielen Initiativen und der Obenbleiben-Bewegung sammeln durften. Auf der Analyse und den Alternativen der Initiativen basiert auch das Programm, das wir zur Kommunalwahl vorlegen und nach der Wahl mit Ihnen durchsetzen wollen. Dieses Programm haben wir in Demokratielaboren erarbeitet und beschlossen. Es fußt auch auf unserer zehnjährigen Arbeit im Gemeinderat, zu allen Themen waren wir bereits aktiv, im Rathaus und außerparlamentarisch. Dieses Programm ist kein Patentrezept für alle Lebenslagen und es ist auch nicht fertig. Durch konkrete Praxis im Rathaus und die Expertise der interessierten Stuttgarterinnen und Stuttgarter werden wir es stetig weiterentwickeln.

Unser Programm ist optimistisch, weil wir wissen, dass eine ganz andere Gegenwart und Zukunft möglich ist. Dazu müssen wir die heutigen Probleme an der Wurzel packen. Die einseitige, an der Autoproduktion, an ungezügelmtem Wachstum und Ressourcenverbrauch orientierte Stuttgarter Industrie kann nicht ewig so weiter auf Kosten von Mensch und Natur wirtschaften. Gegen diese Art des Wirtschaftens, gegen Klimawandel, Umweltzerstörung, Finanzkrisen und Wohnungsspekulation stellen wir Visionen einer nachhaltigen und solidarischen Entwicklung für unsere Stadt. Diese Träume zu verwirklichen und das Andere, die Zukunft zu denken, ist die dringlichste Aufgabe der Gegenwart, deshalb: Wir träumen weiter - weil wir Lust auf Zukunft haben, damit Stuttgart sich weiterentwickelt, damit es ökologischen und sozialen Fortschritt für alle Menschen gibt. **Wir wollen für uns Bürger das Recht auf unsere Stadt, nicht das Recht der Investoren, diese Stadt immer weiter als reine Geldanlage zu benutzen.** Die Sachzwänge dieses Systems betrachten wir nicht als alternativlos, als

juristisch vorgegeben. Wer die aktuelle Stadtpolitik nur hinnimmt oder sie "mitmanagt", der verdrängt die Brisanz der Probleme, die aus einer Politik entstehen, die sich vor allem am maximalen Gewinn orientiert. Aus meinem Beruf als Architekt weiß ich, dass andere Städte mutig wegweisende Projekte begonnen haben hin zu einer ökologischen Stadt, Architekten nennen das einen utopischen Pragmatismus. Der neue Stuttgarter Haushalt finanziert eine Symptombehandlung, Pragmatismus ohne Utopie, bei dem wieder die Investoren die Nase vorne haben. Deshalb sind **wir** realistisch: Ohne das ganz Andere zu träumen, zu denken und den Versuch, das durchzusetzen, gibt es keine der notwendigen grundlegenden Veränderungen.

Also: Her mit dem guten Leben und einer Stadt, in der Träume wahr werden! Träume von einer Stadt, in der gesundes Leben und Wohnen ein Menschenrecht ist. Denn wir wollen eine Stadt, in der Vielfalt niemanden ausgrenzt und alle bereichert. Eine Stadt, in der alle Menschen willkommen sind und dazugehören. Eine Stadt, in der Kultur und Bildung für alle zugänglich sind. Eine Stadt, in der die Menschen ihre natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden und Luft schützen, behutsam mit Energie und Ressourcen umgehen und das, was sie zum Leben wirklich brauchen, wieder nachwächst. Ein Zuhause, wo Menschen ihre historisch gewachsene Stadt behutsam und mit Respekt für das Gemeinwohl weiter entwickeln und es öffentliche Räume und kulturelle Freiräume im Überfluss gibt. Eine Stadt, in der Starke den Schwachen helfen und - wenn die Starken mal nicht wollen - die Politik dafür sorgt, dass allen gleiche Teilhabe gewährt wird. Eine Stadt, in der die Menschen Ruhe finden und nicht alles und jeder zur Ware verkommt. Eine Stadt, in der Politik, Planung und Bürger gemeinsame Lösungen finden auf die Frage: „Wie wollen wir in Zukunft leben?“.

Wir wissen, dass wir diesen Traum nicht alleine träumen. Was in den Köpfen und Herzen von vielen blüht, kann wahr werden, wenn es nicht vorher im grauen Rathausalltag vertrocknet. Oft stelle ich fest: Während wir Visionen haben, Alternativen entwickeln, reden die Parteien vom "Machbaren", eingezwängt im Korsett angeblicher "Sachzwänge", verfangen in der Logik des Systems. Eine große Koalition der Mutlosen, in der sich auch die Grünen immer öfters einreihen, gefangen zwischen den Richtlinien der Landesregierung und der Schonhaltung gegenüber "ihrem" grünen Oberbürgermeister.

Was wir heute an Stadtzerstörung erleben, nicht nur durch Stuttgart 21, sondern auch durch das tägliche Verkehrschaos auf den Straßen und bei der S-Bahn, den Feinstaub, die Wohnungsnot, die Monsterbauten, den Flächenfraß, den Abriss von Baudenkmalern, die maroden Schulen - all das ist nicht alternativlos. Es ist ein Ergebnis jahrzehntelanger Hinterzimmerpolitik mit Investoren und anderer Klientel.

Für einen Politikwechsel in Stuttgart braucht es zu allererst aufmerksame Bürger\_innen, die genau hinschauen und sich selber organisieren. Die haben wir in Stuttgart, gut vernetzt, seit den Auseinandersetzungen um "Stuttgart 21". „Politik selber machen!“ heißt es jetzt aller Orten. Darüber freuen wir uns. Wir brauchen eine größere Präsenz dieser Bewegungen im Gemeinderat und in den Bezirksbeiräten. Stuttgart braucht eine mutige Kraft, die nicht im Parteiengeflecht verfangen ist, die Alternativen umsetzt und die von "unten" Druck macht, damit Stuttgart "Oben bleibt". Damit dies weiterhin und noch besser gelingt, bitten wir Sie um Ihr Engagement und Ihre Stimmen.

**Ihr Hannes Rockenbauch, Stadtrat  
Und alle Aktiven des parteifreien Bündnisses SÖS**

**Probleme kann man nicht mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind. Albert Einstein**

## **Standortbestimmung Haushaltberatungen 2013/14**

# **Warum Stuttgart eine starke SÖS-Fraktion braucht**

Im Gemeinderat wird viel geredet und allerhand versprochen. Die Haushaltsberatungen 2013/14 waren allerdings eine Stunde der Wahrheit. Unsere Fraktion hat ein finanzierbares Gesamtprogramm für eine soziale und ökologische Zukunftspolitik vorgelegt und die meisten Anträge gestellt. Wir konnten einige wichtige Anträge durchsetzen, so z.B., dass es ab 2015 den Einstieg in ein Sozialticket geben soll und damit der Öffentliche Nahverkehr endlich für jeden bezahlbarer werden könnte. Auch das Hotel Silber ist dank jahrelanger Vorarbeit mit den Initiativen auf einem guten Weg, auch wenn es uns schmerzt, dass es uns nicht gelungen ist, die Ausweitung auf eine zweite Ausstellungsetage durchzusetzen.

Aber: Unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten ist der von den etablierten Parteien beschlossene Gesamthaushalt ein Armutszeugnis. Deshalb haben wir ihn abgelehnt. Klimawandel, Energiewende, Verkehrschaos, Feinstaub, KiTa-Plätze, Stuttgart 21, Wohnungsnot, VVS-Preise, Stadtzerstörung - angesichts eines grünen Oberbürgermeisters und einer starken grünen Fraktion erwarteten viele Bürger eine wirkliche soziale und ökologische Wende. Stattdessen aber erlebten wir die Stuttgarter GaGroKo - eine ganz große Koalition aus GRÜNE.CDU.SPD.FDP. Das bedeutet: Die einzige Opposition im Gemeinderat ist derzeit die Fraktion SÖS und LINKE. Im Gesamthaushalt wurden Fehlinvestitionen beschlossen, die verheerende Folgen für die Ökologie unserer Stadt haben.

Denn die Stuttgarter GaGroKo stimmte dafür,

- dass weiter 600 000 Euro an die S 21 Propaganda gehen,
- dass der Bau von Stuttgart 21 nicht mehr in Frage gestellt wird,
- dass der Rosensteintunnel gebaut wird (hier stimmten die Grünen dagegen).

Die Stuttgarter GaGroKo lehnte unter anderem unsere Anträge ab,

- dass Kinder mit Bonus-Card ein kostenloses Mittagessen in Ganztagschulen oder Schülerhäusern (Kostenpunkt: 350.000 Euro) erhalten,
- dass im Hotel Silber der 2. Stock für die Erinnerungs-Arbeit zur Verfügung steht,
- dass eine Beratungsstelle für Lesben- und Schwule eingerichtet wird,
- dass die Bezirksbeiräte ein größeres Bezirksbudget bekommen und in den Bezirksbüros je eine halbe Stelle für das Thema Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalt geschaffen wird,
- dass die Erzieherinnen und Erzieher von Entgeltgruppe 6 in Entgeltgruppe 8 höhergestuft werden (hier stimmte die FDP zu),
- dass die Flüchtlingsunterkünfte besser ausgestattet werden,
- dass die Stelle „Energiekonzepte Stuttgart“ als unbefristete Vollzeitstelle zur Entwicklung, integrierter Energiekonzepte geschaffen wird.

Diese Ablehnung wichtiger Anträge wurde zurecht scharf kritisiert von der Feinstaubinitiative, dem Mieterverein, den Mieterinitiativen, den Mobilfunkinitiativen, den Elternbeiräten, den Verkehrsverbänden, dem Klima- und Umweltbündnis und den Stuttgart 21 Gegnern. Diese massive Kritik von Bürgern zeigt, wie notwendig eine starke SÖS-Fraktion im Gemeinderat ist.

Dokumentation zu den Ergebnissen der Haushaltsberatungen zum Download als PDF auf:  
[www.s-oe-s.de](http://www.s-oe-s.de) unter Gemeinderat / 2013.

# Inhalt

<b>SÖS - Parteifreie Politik für Stuttgart.....</b>	<b>7</b>
<b>Unsere 3 Grundsätze.....</b>	<b>9</b>
<b>Fünf Eckpunkte ökologischer und sozialer Politik bis 2019.....</b>	<b>10</b>
<b>1. Recht auf unsere Stadt - die soziale Stadt verwirklichen.....</b>	<b>11</b>
<b>2. Transparente Politik und Beteiligung aller Bürger_innen.....</b>	<b>14</b>
<b>3. Die solidarische Stadtgesellschaft als Ziel.....</b>	<b>16</b>
<b>4. Teilhabe und Chancengleichheit ermöglichen.....</b>	<b>19</b>
<b>5. Zu einer humanen Arbeitswelt beitragen.....</b>	<b>21</b>
<b>6. Wohnen als Grundrecht für jeden schaffen.....</b>	<b>22</b>
<b>7. Lernen und Bildung: Menschenrecht statt Privileg.....</b>	<b>25</b>
<b>8. Individuelles Betreuen statt Verwahrung in Großgruppen.....</b>	<b>28</b>
<b>9. Energiewende und ökologische Ziele für Stuttgart.....</b>	<b>31</b>
<b>10. Stuttgart braucht eine Verkehrswende.....</b>	<b>34</b>
<b>11. Wiederbeleben der Gäubahn.....</b>	<b>37</b>
<b>12. Gesund bleiben - Gesund werden.....</b>	<b>38</b>
<b>13. Ältere fördern und integrieren.....</b>	<b>40</b>
<b>14. Bedachtes Planen der Netzversorgung und Schutz der Daten.....</b>	<b>41</b>
<b>15. Eine Stadtparkasse für Stuttgart gründen.....</b>	<b>43</b>
<b>16. Lehren aus der Geschichte ziehen.....</b>	<b>45</b>
<b>17. Finanzieren einer ökologischen und sozialen Stadt.....</b>	<b>46</b>

## SÖS - Parteifreie Politik für Stuttgart

- SÖS - keine Partei, aber Partei ergreifend für ein lebenswertes Stuttgart ALLER
- Wir verstehen uns als Sprachrohr der Zivilgesellschaft der Bürger\_innen in den Räten, Gemeinderat und Gremien
- Demokratie hat keinen Marktwert, sie funktioniert nicht wie ein profitorientiertes Unternehmen. Weder Geschwindigkeit noch Effizienz sind Gütekriterien für Demokratie, sondern die Fähigkeit, dass viele verschiedene Bürger den öffentlichen Raum nutzen, um gemeinsam zu ermitteln, was das Beste für die Stadtgesellschaft ist. Aus diesen Gründen hat für SÖS immer das Konsensprinzip Vorrang vor einer Abstimmung.
- Wir lassen uns nicht von sogenannten "wirtschaftlichen Sachzwängen" beeindrucken, sondern verlangen Begründungen, die sich an der Lebensqualität aller Menschen orientieren.
- Ein demokratischer Prozess umfasst immer alle Menschen, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Alter. Nur mit diesem Verständnis können Ausgrenzungen und Stigmatisierungen zwischen verschiedenen Gruppierungen vermieden werden.

SÖS ist ein Bündnis von Menschen, die daran interessiert sind, was in und mit Stuttgart passiert - und die ebenso interessiert sind, was mit der Welt passiert, und die darauf politischen Einfluss nehmen wollen. SÖS hat keine Mitglieder, aber viele Aktive, keinen Sprecher, aber viele, die etwas zu sagen haben. Deswegen kann Jede und Jeder ganz einfach bei uns mitmachen. SÖS gibt es nur in Stuttgart. Seit zehn Jahren sind wir im Gemeinderat vertreten.

Unsere politischen Grundsätze sind der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, gelebte Demokratie und eine solidarische und soziale Gesellschaft. Wir wollen ein lebenswertes Stuttgart für ALLE Bürgerinnen und Bürger schaffen und wehren uns gegen eine Politik, die denen den Vorzug gibt, die am meisten bezahlen können.

SÖS ist ein auf das Konsensprinzip aufgebautes Personenbündnis. Wir arbeiten eng mit Bürgerinitiativen und engagierten Einzelpersonen zusammen. Denn es braucht Bürger- und andere Initiativen als Ort der kritischen Auseinandersetzung über die Belange des Gemeinwohls, für die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an der politisch emanzipatorischen Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir verstehen uns als Teil einer solchen Entwicklung, denn Demokratie bedarf der Bürgerinitiative. Wir meinen nicht, dass auf offene Fragen nur "Experten" qualifizierte Antworten geben können. Wir fragen vor allem nach den alltäglichen Erfahrungen der Menschen und versuchen zu leben, was auch Aristoteles wusste: "Jeder einzelne mag zwar ein schlechterer Richter sein als die Wissenden, wenn sie sich aber zusammen tun, sind sie besser, oder nicht schlechter."

Das parteifreie Bündnis SÖS knüpft an eine alte Idee an. Gemeinderäte sind älter als Parteien. Kommunale Räte wurden nach der französischen Revolution in den deutschen Staaten eingerichtet, zuerst in Bayern, dann in Preußen. Man wollte ein Aufbegehren der Bürger verhindern und bot ihnen quasi vorsorglich die Möglichkeit der Beteiligung an staatlich-politischen Entscheidungsprozeduren. Denn was sich auch in Deutschland anbahnte, war eine Forderung der Bürger, die es in sich hatte und die den Regierenden zur Bedrohung wurde: Die Forderung nach der öffentlichen Erörterung der allgemeinen Belange, nach Gehört-Werden und Mitsprache. Diese Forderung richtete sich gegen die politische Erfahrung des autoritären Regiert-Werdens von oben. Dagegen sollte Politik als öffentliche Sache, als res publica, im Mittelpunkt stehen und nicht mehr die Standessicherung derer, die den größten Besitz hatten. An dieses bürgerschaftliche Selbstverständnis knüpft SÖS an.

SÖS ist kein parteipolitisches Projekt. Das wollen und werden wir auch nie sein. Parteien sind in der Regel hierarchisch organisiert und vor allem an der Erzeugung von Mehrheiten orientiert. Oft wird aus taktischem Mehrheitskalkül auf sachgerechte Entscheidungen verzichtet. Manche etablierten Politiker

meinen sogar, Mehrheiten seien wichtiger als die Wahrheit. Das schreckt viele Menschen davor ab, wählen zu gehen, geschweige denn, sich in Parteien zu organisieren. Sie fürchten sich davor, für etwas instrumentalisiert zu werden, das obendrein schwer zu durchschauen ist. SÖS dagegen schielt nicht nach schweigenden, wählenden Mehrheiten. Sondern wir freuen uns über Menschen, die selbst denken und sich einmischen.

SÖS setzt sich dafür ein, dass sich jeder Mensch als Person entfalten kann. Dies ist deutlich zu unterscheiden von der weithin geforderten Selbstopтимierung und dem Selbstmanagement bei Arbeit, Studium, Freizeit und im körperlichen, psychischen und sozialen Bereich. Dieser Anspruch an den Einzelnen führt nur zu entsolidarisierten Einzelkämpfern um Anerkennung und materiellen Wohlstand auf Kosten anderer. Harald Welzer schreibt in seinem Buch "Selbst Denken": „Konsumismus ist heute totalitär geworden und treibt die Selbstentmündigung dadurch voran, dass er die Verbraucher, also Sie, zu ihren eigentlichen Produkten macht, indem er Sie mit immer neuen Wünschen ausstattet, Wünsche, von denen Sie vor kurzem nicht einmal ahnten, dass Sie sie jemals hegen würden.“

Niemand kann sich allein selbst bestimmen. Unser Handeln und Tun, ja unser Überleben, ist immer abhängig von der Zusammenarbeit mit anderen. Worauf es ankommt ist, die Andern in ihrem Anderssein anzuerkennen und auf dieser Basis miteinander ins Gespräch zu kommen. Ins Gespräch darüber, was das Beste für die vielen Verschiedenen mit ihren unterschiedlichen Wünschen und Interessen ist. Das heißt nicht, dass wir ohne Kritik auskommen. Im Gegenteil. Aber wir wollen weder dumpfe Anpassung, noch Gleichmacherei unterstützen, sondern als Menschen leben, die sich in konstruktiv-kontroversen Auseinandersetzungen miteinander entwickeln.

SÖS steht für eine andere politische Kultur, die sich grundlegend von den etablierten Politikformen unterscheidet. Sie ist basisdemokratisch und gleichberechtigt. Wir orientieren uns an der Vorstellung einer Politik des Nicht-Beherrscht-Werdens und des Nicht-Herrschens.

SÖS tritt nicht zur Wahl an, damit Menschen ihre Stimmen abgeben und bis zur nächsten Wahl sprachlos bleiben. Wir wollen Ihre Stimme ins Rathaus tragen, deswegen wollen wir unsere Arbeit möglichst mit vielen betroffenen und interessierten Menschen gestalten und gemeinsam Politik machen. Dazu haben wir das Projekt „Wählen ist nicht genug ins Leben gerufen“:  
[www.waehlen-ist-nicht-genug.de](http://www.waehlen-ist-nicht-genug.de)

## Unsere drei Grundsätze

Das parteifreie Bündnis Stuttgart Ökologisch Sozial definiert seinen Zusammenhalt über seine inhaltlichen Grundsätze. Unsere Grundsätze sind der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, gelebte Demokratie und eine solidarische und soziale Gesellschaft. SÖS gibt es nur in Stuttgart.

Unsere Grundsätze sind auch ein Gegenentwurf zu den heute herrschenden Verhältnissen. Gegen eine Stadtentwicklung nach dem Diktat der Investoren, ohne Rücksicht auf die Umwelt und unsere Lebensqualität, stemmt sich in Stuttgart eine starke Bürgerbewegung, die das Recht auf ihre Stadt einfordert. Gestützt auf diese Bewegung stellen wir unsere drei Grundsätze als Ausgangspunkt für einen grundsätzlichen Politikwechsel. Denn es geht auch anders:

### 1 Natürliche Lebensgrundlagen erhalten

Grund und Boden, sowie Wasser dürfen nicht länger Handelsware sein. Um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten, sehen wir es als notwendig an, mit den verfügbaren Ressourcen und der einzusetzenden Energie sparsam umzugehen, Schadstoffe zu vermeiden und die Energieerzeugung regenerativ zu betreiben. Unser Ziel ist es, die gesamte Produktions- und Lebensweise so zu gestalten, dass die Ressourcen Luft, Wasser und Boden unverschmutzt erhalten bleiben und kein weiterer Flächenverbrauch entsteht. Dies steht der derzeitigen durch ökonomisches Wachstum und Profitstreben getriebenen Form des Wirtschaftens diametral entgegen und muss durch eine dem Wohl des Menschen verpflichtete Wirtschaftsweise abgelöst werden.

### 2 Echte Demokratie leben

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Alter zur bestimmenden Kraft in allen Fragen der Stadtplanung, Stadtentwicklung und Daseinsvorsorge werden. Hierzu sind Transparenz und Mitentscheidungsrechte bei den Entscheidungen der Stadtverwaltung und des Gemeinderates notwendig. Wir wollen ein Ende der Hinterzimmerpolitik der Parteien und Verbände, in der Wenige zu viel entscheiden. Eine lebenswerte Stadt entsteht nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtbezirken und mit den Bürgerinitiativen als Experten ihrer Lebensumwelt.

### 3 Solidarische und soziale Gesellschaft

Eine zukunftsfähige Kommunalpolitik ist eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität. Wir setzen uns für eine Stadt der Vielfalt und Inklusion ein. Wir wollen ein Gemeinwesen, das für alle Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Kultur, Bildung, Politik und Erholung bietet. Statt Konkurrenz- und Ellenbogendenken wollen wir Solidarität und Gemeinwohl fördern. Stadtplanung muss sich an den Bedürfnissen der Bewohner\_innen ausrichten, wohnen, leben und arbeiten zusammenbringen. Es braucht in der Stadt öffentliche Räume, in denen Menschen sich frei von Zwängen begegnen.

# Fünf Eckpunkte ökologischer und sozialer Politik bis 2019

Angesichts des Klimawandels, des ungezügelten Ressourcenverbrauchs, wachsender Armut und Ungleichheit geht es heute um fünf besonders große Herausforderungen:

## 1 Die Organisierung des Wandels zur CO<sub>2</sub> neutralen und ressourceneffizienten Stadt,

die sich aus der Abhängigkeit von fossilen Energien befreit, auf 100% regenerative Energien umstellt, sich ökologisch saniert. Gerade weil die internationale Klima-Diplomatie - auch unter dem Diktat solcher Energiemonopole wie der EnBW - katastrophal gescheitert ist, kommt den Städten eine Vorreiterrolle zu. Das ist ein Hintergrund der Auseinandersetzung um 100% - Stadtwerke in Bürgerhand in Stuttgart.

## 2 Der Umbau der öffentlichen Verkehrs- und Transportsysteme

muss zur Senkung der Treibhausgasemissionen führen, zurück zu einer Stadt der kurzen Wege, weg von der Dominanz des Autos, hin zum Ausbau des öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV), zurück zur Schiene. Das ist ein wesentlicher Hintergrund des Kampfes gegen Stuttgart 21.

## 3 Eine zukunftsorientierte Städtebauplanung muss sich gegen den Klimawandel richten,

Natur erhalten, aber auch die Stadt auf die vorausgesagte Erwärmung heute schon einstellen: Wasserlandschaften, Dachgärten, begrünte Innenhöfe, energetisch sanierte Häuser, Straßenbäume, Straßenrückbau, Verhinderung von großflächigen Konsumtempeln, die Autoverkehr anziehen, kleinparzellige Bebauung. Kaltluftschneisen und Parks müssen angesichts der Erwärmung konsequent erhalten und ausgebaut werden. Das war ein wesentlicher Hintergrund unseres Kampfes gegen die Baumfällungen im Schlossgarten, der zum schwarzen Donnerstag führte.

## 4 Armut und Ungleichheit müssen wirkungsvoll bekämpft werden.

Dazu braucht es ein Zusammenspiel vieler Maßnahmen: ausreichender und mietgünstiger Wohnraum, kostenloser Nahverkehr, kostenlose KiTa-Plätze für alle, kostenloses Mittagessen an Kitas und Schulen, Einführung des Sozialtickets, Bildungsmöglichkeiten unabhängig von der sozialen Lage und anderes mehr. Dafür ist das Geld da, dazu muss die Gewerbesteuer erhöht werden. Die 325 Millionäre in Stuttgart und die großen Industriebetriebe müssen in die Pflicht genommen werden.

## 5 Es braucht Transparenz, Demokratie und Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik,

um diese Forderungen durchzusetzen. Wir brauchen auch weitergehende demokratische Rechte, um die Stadtzerstörung aufzuhalten, um das **Recht auf unsere Stadt** durchzusetzen.

Auf allen diesen Feldern haben wir in den letzten Jahren, gestützt auf Bürgerinitiativen, im Gemeinderat praktische Politik gemacht. Wie wir diese Ziele weiter mutig und hartnäckig durchsetzen wollen, dies legen wir in diesem Programm detailliert dar.

## 1. Recht auf unsere Stadt. Die soziale Stadt verwirklichen

- Angesichts der Endlichkeit unserer Ressourcen können wir nicht grenzenloses Wachstum fordern.
- Der Wert einer Stadt zeigt sich in der Lebensqualität ihrer Bürger, nicht an Prestigeprojekten.
- Wirklicher Fortschritt zeigt sich in den sozialen Verhältnissen, nämlich dann, wenn die Lebensbedingungen aller Menschen besser werden.

### Die Zeichen der Zeit erkennen

Der Ausbau unserer Stadtregion zum Zentrum einer Metropolenregion wird von den Wachstum-überalles-Parteien forciert. Die Folgen für die Stadtentwicklung sind spürbar und sichtbar: Stuttgart 21, Konsumtempel wie Stilwerk, Gerber, Dorotheenquartier, Milaneo, Stadtautobahnprojekt Rosentunnel, Flächenversiegelung auf den Fildern für Messe und Flughafen. Die Gemeinderatsmehrheit hat alle Lebensbereiche unserer Stadt den Investoren und privaten Kapitalinteressen untergeordnet und dafür Parks und Bäume geopfert. Schon längst gleichen große Bereiche unserer Innenstadt einem einzigen riesigen Kaufhaus, einem Warenumserschlagplatz, einer Bühne für Events aller Art, und nicht zuletzt einem riesigen Parkplatz. Unter ökologischen und soziologischen Gesichtspunkten gleicht Stuttgart aber wohl eher einem Umwelt, Energie, Ressourcen, Arbeitskräfte und Leben verschlingenden Moloch der Geld- und Kapitalverwertung. Diese Politik führt zu einem chronisch verkehrsüberschwemmten und hochgradig schadstoffbelasteten "Unort", einer verschärften Wohnungsnot und einer Verdrängung ärmerer Menschen an den geographischen Rand der Stadt oder ins Umland. Ob Städtebau, Kultur oder gar Daseinsvorsorge, allem wird ein Warencharakter zugeschrieben, dessen Wert nur durch seine Wettbewerbsfähigkeit und einen nicht hinterfragten „Fortschritt“ bestimmt wird. Dem Verwertungsdruck der Investoren mit seinen Auswirkungen setzen wir die Originalität unserer Stadt entgegen.

Harald Welzer charakterisiert die Entwicklung folgendermaßen: „Unsere heutige industriell fossile Produktions- und Lebensweise ist von einem bisher nicht gekannten Wachstum der Volkswirtschaften, von einem radikal anwachsenden Materialverbrauch und einer rapiden Zerstörung der Naturressourcen geprägt. Die Universalisierung, sprich die Globalisierung bringt eine so heillose Übernutzung der verfügbaren Überlebensressourcen mit sich, dass es absehbar ist, dass sie in zwei, drei Jahrzehnten ihre eigene Funktionsvoraussetzung zerstört haben wird.“ Auch für die Politik der Mehrheit im Stuttgarter Rathaus ist das Festhalten am Fetisch von Wachstumsraten als Maßstab gelingender Entwicklung kennzeichnend. Technische Machbarkeit, Wachstum und Umsatz bestimmen das Tagesgeschäft. Allenfalls wird um die Verteilung der Finanzmittel gestritten. Wer die Frage stellt, wie sich ständiges Wachstum mit der Endlichkeit der Ressourcen unserer Erde verträgt, erhält keine Antwort.

Anders als die etablierten Parteien gehen wir bei der Stadtpolitik von der einfachen Tatsache aus, dass wir in einer Welt leben, deren Ressourcen endlich sind und deren Teil wir sind. Wir können unsere naturräumlichen Gegebenheiten nicht negieren, ohne letztlich auch unser Leben selbst zu negieren. Nur wenn diese Einsicht zur Leitlinie politischen Handelns einer Gesellschaft wird, kann sie negative Auswirkungen verhindern und sich damit tatsächlich fortschrittlich und zukunftsfähig entwickeln.

Die Erfahrung heutiger Städte und Gesellschaften zeigt, dass gesellschaftliche Handlungsspielräume vorhanden sind, um die gesellschaftlichen Naturverhältnisse dauerhaft so zu gestalten, dass die Lebensbedingungen und die Lebensqualität der Menschen gleichberechtigt verbessert werden können. Das wäre der wirkliche Fortschritt. Aber die etablierten Politiker sind zu rationalem Handeln offenbar nicht in der Lage. Immer wieder stellen sie die Irrationalität ihres Tuns unter Beweis. Etwa dann, wenn sehenden Auges für viel Geld und mit großem ideologischen Getöse technische Großprojekte in die Welt gesetzt werden, die keinerlei Sinn für die Gesellschaft haben; oder angesichts

der Unfähigkeit, wegen der drohenden Klimaveränderung Regeln zur Begrenzung des Energieverbrauchs durchzusetzen.

Deshalb ist es die größte Herausforderungen der Gegenwart, unser Wissen und unser Können, unseren praktischen Verstand und unsere technischen Mittel so einzusetzen, dass sie allen Menschen gleichermaßen und langfristig dienen. Dafür fehlt es nicht an Technik, sondern an Bewusstsein, nicht an Experten, sondern an Menschen, die sich einmischen und dafür streiten, dass sich die Stadtentwicklung an den sozialen Bedürfnissen aller orientiert. Dann ist eine soziale und solidarische Stadt möglich. Denn die Stadtstrukturen sind unser Alltägliches, materielles Leben und Voraussetzung für die allgemeine Wohlfahrt. Aus den Lebensansprüchen der Bürger und Bürgerinnen erwächst der Ursprung städtischer Konflikte und Kämpfe. Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 ist ein Ausdruck des großen Unbehagens über die Dominanz der Kapitalinteressen und der Stadtzerstörung, die sie bewirken, es ist ein Widerstand gegen die Arroganz der Macht, die Pläne und Projekte der Herrschenden. Immer ging und geht es darum, wer in der Stadt das Sagen hat, um das Recht auf Stadt.

## Wachsender Widerstand!

Wir sind optimistisch. Eine andere Entwicklung ist möglich. Denn die Identifikation der Bürger\_innen mit ihrer Stadt Stuttgart ist groß. Das zeigt sich beeindruckend an der Bewegung gegen Stuttgart 21. Es ist die Stadt, in der sich das Zusammenleben organisiert, in der die Ideen von Selbstverwaltung, Bürgerbeteiligung und Demokratie geboren wurden. Weltweit waren und sind öffentliche städtische Plätze, so wie unser Hauptbahnhof, ein Symbol gesellschaftlicher Veränderungen. In der Stadtgesellschaft entwickeln die Menschen die Wissenschaften, Kunst und Kultur, technische Innovationen, bilden sie sich, produzieren sie - und dies wirkt auf die Menschen zurück, prägt sie. Der öffentliche Raum, Plätze und Institutionen tragen zur "Stadt für Alle" bei: Kindergärten, Schulen, Vereine, Sportstätten, Bürgerhäuser, Bibliotheken, Kulturhäuser, Museen, Parkanlagen, Jugendhäuser, Soziale- und Gesundheitseinrichtungen, Eltern-Kind-Zentren und vieles mehr. Um das **Recht auf eine Stadt**, die für ihre Einwohner da ist, wird die politische Auseinandersetzung geführt - um Arbeitsplätze, Bildung, Daseinsvorsorge, Zukunft. Das größte Potential einer Stadt sind ihre Bürger\_innen, die in Bürgerinitiativen, Stadtteilprojekten, Vereinen, Selbsthilfegruppen das soziale und kulturelle Potential bilden. Es zeigt sich in vielen Bereichen, ob bei den Fachgruppen zu Stuttgart 21, der Initiative "Reiche Stadt - Arme Kinder", beim Mobilfunk und Feinstaub, dem BUND, dem NaBu, dem VCD, dem Klima- und Umweltbündnis Stuttgart (KUS), in Bio-Kooperativen wie Plattsalat, Eine-Welt-Gruppen wie Stuttgart Open Fair - selbstbewusste Bürgerinitiativen arbeiten oft auf einem höheren fachlichen Niveau als die Verwaltung, sind an Kompetenz vielen Politikern voraus.

## Die Stadt verändern ist möglich!

Die Stadtpolitik, initiiert durch ihre Bürger, kann Pionier des Wandels sein. Wir stehen mittendrin in der Auseinandersetzung um einen Wandel. Angesichts des Klimawandels und des Ressourcenverbrauchs geht es heute um drei besonders große Herausforderungen:

1. Der Organisierung des Wandels zur CO<sub>2</sub> neutralen und Ressourcen effizient einsetzende Stadt, die sich aus der Abhängigkeit von fossilen Energien befreit, auf 100% regenerative Energien umstellt, sich ökologisch saniert. Gerade weil die internationale Klima-Diplomatie - auch unter dem Diktat solcher Energiemonopole wie der EnBW - katastrophal gescheitert ist, kommt den Städten eine Vorreiterrolle zu. Das ist ein Hintergrund der Auseinandersetzung um 100% - Stadwerke in Bürgerhand in Stuttgart.
2. Der Umbau der öffentlichen Verkehrs- und Transportsysteme muss zur Senkung der Treibhausgasemissionen führen, zurück zu einer Stadt der kurzen Wege, weg von der Dominanz des Autos, hin zum Ausbau des ÖPNV, zurück zur Schiene. Das ist ein wesentlicher Hintergrund des Kampfes gegen Stuttgart 21.

**3.** Eine zukunftsorientierte Städtebauplanung muss sich gegen den Klimawandel richten, Natur erhalten, aber auch die Stadt auf die vorausgesagte Erwärmung heute schon einstellen: Wasserlandschaften, Dachgärten, begrünte Innenhöfe, energetisch sanierte Häuser, Straßenbäume, Straßentrückbau, Verhinderung von großflächigen Konsumtempeln, die Autoverkehr anziehen, kleinparzellige Bebauung. Kaltluftschneisen und Parks müssen angesichts der Erwärmung konsequent erhalten und ausgebaut werden. Das war ein wesentlicher Hintergrund unseres Kampfes gegen die Baumfällungen im Schlossgarten, der zum schwarzen Donnerstag führte.

Mit Sorge stellen wir fest, dass in Stuttgart dieser Wandel nicht geplant wird, im Gegenteil. Stuttgart 21 und neue Konsumtempel, Rosensteintunnel, Baumfällungen und Bebauung von Innenhöfen - die Stadt wird weiter von den Anlageinteressen der Investoren dominiert.

### **Wider den Privatisierungswahn: Der öffentliche Raum ist Politik!**

Die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen hat in den letzten zwei Jahrzehnten ein scheinbar unvorstellbares Ausmaß erreicht. Wir erleben Privatisierungen in fast allen Bereichen. Hunderttausende Wohnungen aus kommunalem und Bundeseigentum wurden an international agierende Investoren verkauft. Viele Kommunen gaben die Gas-, Wasser- und Stromversorgung aus der Hand. Wohnraum wird teurer, weil Politiker der Spekulation keine Schranken setzen. Krankenhäuser werden zunehmend privatisiert und funktionieren nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung, sodass Gesundheit zum Privileg der Besserverdienenden wird. Reiche leben länger als Arme. Privatschulen wachsen an, weil Politiker das Geld für Bildung verweigern und sich kleine Klassen für seine Kinder nur leisten kann, wer das nötige Geld hat. Universitäten müssen sich immer mehr durch "Drittmittel" finanzieren, Forschungsergebnisse ähneln oft den Interessen ihrer Auftraggeber. Die Kosten für U-Bahn, S-Bahn und Bundesbahntickets steigen, weil öffentliche Unternehmen privatisiert wurden oder rein betriebswirtschaftlich geführt werden. Und sogar private Sicherheitsdienste übernehmen immer öfter Aufgaben der Polizei. Gerade in Stuttgart erleben wir momentan etwa ein zähes Ringen um die Rückübertragung privatisierter Energie- und Wasserversorgung in kommunales Eigentum. Privatisierung stammt vom lateinischen "privare": "rauben, trennen".

Die *physischen Folgen* der Privatisierung sind etwa ein immer größeres Auseinanderklaffen der Einkommen. Auf Kosten wachsender Verarmung steigt die Zahl der Millionäre. Eine gesellschaftlichen Folge der Privatisierung ist das zunehmendes Auseinanderdriften in zwei große Lager. Während die Mitte verschwindet, entstehen "erste" und "zweite" Klassen. Auf dem Arbeitsmarkt etwa sind dies: Festangestellte und befristet Beschäftigte, im Schulsystem: Gymnasiasten und Realschüler, im Gesundheitssystem: Privatversicherte und öffentlich Versicherte. Durch dieses Auseinanderfallen entsteht ein Klima der Verunsicherung und der Angst, vor allem derer, die sich vor dem "Abstieg" fürchten.

Die Privatisierung wird - in Deutschland etwa seit den 90er Jahren - systematisch mit der Ideologie der "Selbstfürsorge" begleitet. Während sich staatliche und kommunale Einrichtungen zurückziehen, solle sich jeder um sich selbst kümmern, etwa bei der Rente oder der Krankenversicherung. "Das Leitbild der Zukunft ist das Individuum als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge. (...) Diese Einsicht muss geweckt werden", hieß es bereits 1997 in einem Schlüsseldokument. Das Ideal jener neoliberalen Urheber ist die Verinnerlichung eines "unternehmerischen Selbst", das sich dem "Zwang zur permanenten Selbstoptimierung im Zeichen des Wettbewerbs" (Ulrich Bröckling) unterwirft, das keinerlei Forderungen an Kommunen oder Staat richtet, weil es glaubt, dass es für die eigene Situation nur individuelle, aber keine politischen Gründe gibt. Auf diese Weise sollen massenhaft entpolitisierte, vereinzelte Einzelne erzogen werden. Allerdings zeigen sich die *psychischen Folgen* dieser Form der Privatisierung inzwischen auch im rapiden Anwachsen depressiver Erkrankungen, in Burn-Out und Frühverrentungen sowie dem kaum sichtbaren, steigenden Konsum von leistungssteigernden Psychopharmaka. Selbst das Leiden an den Verhältnissen wird auf diese Weise privatisiert.

Dagegen wollen wir den öffentlichen Raum entwickeln. Er entsteht immer dann, wenn Menschen sich frei von Verwertungsinteressen und marktvermittelten Zwängen begegnen, miteinander in Interaktion treten und handeln können: bei Versammlungen, auf Demonstrationen, in Verbänden, in Nachbarschaften oder Bürgerhäusern.

Im öffentlichen Raum begegnen sich Menschen, um miteinander zu sprechen, ohne von irgendwelchen privatwirtschaftlichen Interessen geleitet zu sein. Deshalb beinhaltet der öffentliche Raum das Moment der Unabhängigkeit, der Freiheit, ja des Nicht-Getrenntseins. In diesem Raum kann ein gemeinsames Bewusstsein von Problemen, Wünschen und Bedürfnissen entstehen. Wird der öffentliche Raum systematisch entzogen, so wie wir es seit Jahren erleben, dann schwindet diese Möglichkeit der Freiheit. Probleme werden dann tabuisiert und die Menschen bleiben damit allein. Deshalb bedeutet Privatisierung auch die "Beraubung" gesellschaftlichen Bewusstseins, eines "Common Sense", zugunsten von Individualisierung, Konkurrenz und Vereinzelung. Der öffentliche Raum ist der für das Gemeinwohl zuständige Bereich, hier konstituiert sich Politik. Wir kämpfen um den öffentlichen Raum auch, weil er Voraussetzung einer sozialen Stadt ist.

## 2. Transparente Politik und Beteiligung ALLER

- Bürgerbeteiligung darf nicht nur simuliert werden oder der "Legitimation durch Verfahren" dienen, Mitsprache und Beteiligung zeigt sich in der Befugnis der Bürger zur Gestaltung und Möglichkeiten zu rechtlich wirksamen Entscheidungen.
- Wir setzen uns dafür ein, die Gremien und Strukturen im Gemeinderat dahingehend zu nutzen und zu erweitern, dass Bürgerbeteiligung im oben genannten Sinn umgesetzt wird.
- Die Rede von einer "Politik auf Augenhöhe" zeigt nicht den guten Willen etablierter Politiker und Parteien, sondern sie bildet die Substanz dessen, was Politik überhaupt ausmacht - sofern man sich nicht auf mittelalterliche oder diktatorische Politikmodelle bezieht.
- Die Vorhabenliste der Stadt muss zur frühzeitigen Information veröffentlicht werden.

SÖS setzt sich dafür ein, Beteiligungsrechte zu stärken. Eine Kultur der Beteiligung fällt nicht vom Himmel, sie muss durch die Beteiligung selbst erstritten und auch erlernt werden. Beteiligung und eine Kultur der Augenhöhe - kein Almosen, sondern die Grundvoraussetzungen jeder Politik, die sich ernst nimmt - beginnt in der Kita und Grundschule und setzt sich fort an den weiterführenden Schulen und im Jugendrat. Eine demokratische Gesellschaft kann es sich nicht leisten, dass große Teile der Bevölkerung sich nicht an ihrer Zukunftsgestaltung beteiligen. Deswegen sind die von der Stadt zu schaffenden Beteiligungsangebote nur so gut, wie es gelingt, Menschen unabhängig von Alter, Geldbeutel und Herkunft zu beteiligen. Beteiligung ohne echte Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten läuft ins Leere und ist eine frustrierende Erfahrung für viele Teilnehmer\_innen. Deswegen gilt für alle formalen und informellen Beteiligungsverfahren, die Verbindlichkeit der Beteiligungsergebnisse zu erhöhen und dazu mehr Beteiligungsverfahren einzurichten. Wo die formalen Mitbestimmungsrechte fehlen oder noch nicht geschaffen sind, gilt es, die Ergebnisse durch Selbstverpflichtung von Stadtverwaltung und Gemeinderat umzusetzen.

Das Engagement der Stuttgarter\_innen gegen "Stuttgart 21" hat eine bundesweite Debatte über unseren Demokratiebegriff angestoßen. Jetzt ist oft die Rede von "Bürgerbeteiligung". Etablierte Parteien versprechen einen "Dialog auf Augenhöhe" oder eine „Kultur des Gehört - Werdens“. Was ist aber tatsächlich an demokratischem Fortschritt in Stuttgart passiert? Wir meinen: zu wenig! Es ist an der Zeit, dass sich im Stuttgarter Gemeinderat eine Mehrheit für mehr Demokratie einsetzt, um den Zugang und die Beteiligung an Kommunalpolitik zu verbessern. Auch wenn wir wissen, dass grundsätzliche Verbesserungen nicht ohne eine Überarbeitung der Gemeindeordnung möglich sind, haben wir jetzt schon verschiedene Handlungsmöglichkeiten in den Stadtgremien vorgeschlagen.

Das Rathaus muss zu einem Haus werden, in dem die Bürger Rat halten und ihre Interessen, Erfahrungen und Fähigkeiten einbringen. Dafür ist der Zugang aller Interessierter zu allen Informationen notwendig. Nur auf dieser Grundlage ist ein vernünftiges Abwägen möglich. Im Stuttgarter Gemeinderat wird zurzeit fast alles nicht-öffentlich vorberaten. Erst wenn Entscheidungen einzelner Parteien gefallen sind, wird die Sache im Gemeinderat verhandelt. Das Ergebnis: Die Öffentlichkeit kommt mit ihren konstruktiven Veränderungsvorschlägen, mit ihrem praktischen Wissen oder ihrer Kritik oft zu spät. Hier muss Politik wieder auf die Füße gestellt werden.

SÖS setzt sich für Transparenz und den Zugang zu Informationen ein. Öffentliche Nachvollziehbarkeit aller Gemeinderatsbeschlüsse ist ein Verfassungsgrundsatz. Dieser Öffentlichkeitsgrundsatz wird unserer Meinung nach missachtet, wenn wichtige Vorberatungen in nicht-öffentliche Ausschüsse verlagert werden. Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist nur möglich, wenn diesen frühzeitig und bevor die Entscheidungen im Gemeinderat gefallen sind, alle relevanten Informationen zur Verfügung stehen.

Deshalb haben wir vorgeschlagen, dass die Stadt Stuttgart eine Vorhabenliste über alle wichtigen Planungen und Vorhaben erarbeitet, die unmittelbar raum- oder entwicklungsbedeutsam sind oder die das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl ihrer Einwohner nachhaltig berührt. Diese Vorhabenliste soll im Rathaus und den Bezirksämtern ausliegen und über die Homepage der Stadt Stuttgart einsehbar sein.

Die Vorbereitung der Gemeinderatsitzungen soll so gestaltet werden, dass der öffentliche Zugang zu allen Schriftstücken der Sitzungsberatungen frühzeitiger möglich ist. Das bedeutet: Vorlagen sowie Anhänge, Protokolle und Anträge der Fraktionen zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten stehen mindestens eine Woche auf der städtischen Homepage. Öffentliche Sitzungen sollen öffentlich zugänglich dokumentiert werden. Die Sitzungsplanung soll so gestaltet werden, dass sie eine Vorbereitung der Bürger zulässt. So wird vermieden, dass Vorgänge, nachdem sie im Verwaltungsausschuss das erste Mal öffentlich sind, im Gemeinderat am unmittelbar folgenden Tag beschlossen werden. Beschlüsse des Gemeinderats dürfen nicht vor Ablauf der Frist eines kassatorischen Bürgerbegehrens vollzogen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt eine Satzung für Informationsfreiheit erarbeitet, die auch für alle Ämter und Betriebe der Stadt gilt und den Einwohnern und Einwohnerinnen gebührenfreien Zugang zu allen Informationen über abgeschlossene Vorgänge bietet. Ausgeschlossen sind nur Vorgänge, die das Schutzrecht von Personen (Schutz personenbezogener Daten) und betriebsbezogene Daten (Schutz von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen) betreffen.

Die wirkliche Beteiligung der Bürger\_innen ist in Stuttgart noch ungewohnt, aber Beispiele gibt es schon. Mit unserem Demokratieratschlag "Demokratie statt Arroganz" haben wir bereits 2008 einen Anfang gemacht, viele "Ratschläge" zu Stuttgart 21 haben dies fortgesetzt.

## **Stärkung der Bezirke und bessere Beteiligung der Jugend**

Die Stadtbezirke, das direkte Lebensumfeld sind die Bereiche, in denen das höchste Interesse der Bewohner\_innen an einer Beteiligung an der Gestaltung ihrer Stadt und der Übernahme von Verantwortung für deren Entwicklung vorhanden ist. Dieses kann sich aber kaum entfalten, solange die Vorschläge und Entscheidungen der Bezirksgruppen nur beratenden Charakter haben und meist folgenlos bleiben, weil sie vom Gemeinderat verworfen werden.

### **Wir werden weiter an der Stärkung der Rechte der Bezirke arbeiten und fordern dazu:**

- Die Bezirksbeiräte und Bezirksvorsteher werden im Stadtbezirk direkt gewählt. Wenn notwendig muss dazu eine Änderung der Gemeindeordnung durchgesetzt werden.
- Jeder Stadtbezirk erhält ganz im Sinne eines echten Bürgerhaushalts eigene, vom Gemeinderat beschlossene, Stadtbezirksbudgets. Diese werden nach Einwohnerzahl, aber auch nach ökologischen und sozialen Kriterien auf die Stadtbezirke verteilt. So wird sichergestellt, dass eine Umverteilung zugunsten der Stadtbezirke mit sozialen und ökologischen Defiziten stattfindet.
- Zur Koordinierung dieser lokalen Beteiligungshaushalte wird in den Stadtbezirken bei den Bezirksämtern ein Beteiligungsbüro eingerichtet und personell ausgestattet.
- Angelegenheiten, die ausschließlich den Stadtbezirk betreffen, werden vom Bezirksbeirat abschließend entschieden. Bei Angelegenheiten des Stadtbezirks mit überbezirklicher Bedeutung kann der Gemeinderat bei einem mit 2/3 Mehrheit gefassten abweichenden Votum eine erneute Beratung der Angelegenheit im Bezirksbeirat verlangen.
- Die Beratungen der Bezirksbeiräte sind öffentlich. Bewohner\_innen des Stadtbezirks sind an ihnen mit Rederecht zu beteiligen.

### **Stärkung der Jugendräte und Einrichtung eines gesamtstädtischen Jugendgemeinderates**

- Zur Stärkung der Jugendräte beginnen die existierenden Jugendräte eine breiten Beteiligungsprozess in den Stadtteilen. Ziel diese Prozesse ist es, die Jugendräte breit zu verankern und mit den Jugendlichen Vorstellungen zu Weiterentwicklung der Jugendräte zu generieren. Der Gemeinderat beschließt die hierfür nötigen Mittel.
- Der Gemeinderat beschließt, dass die Jugendräte ein eigenes Budget erhalten. Dieses Budget wird in einem analogen Verfahren wie bei den Bezirksbudgets auf die Bezirke verteilt.
- Parallel zu den lokalen Bürgerhaushalten wird über die Verwendung dieser Mittel ein Kinder- und Jugendhaushalt in den Bezirken aufgestellt.
- Für die Gesamtstadt wird ein Jugendgemeinderat in direkter Wahl gewählt. Dieser hat Antrags- und Rederecht im Gemeinderat.

Die Amtsdauer der einzelnen Jugendräte ist vergleichsweise kurz. Auch wenn deren Beschlüsse von der Stadt getragen werden, werden Umsetzungen in der Regel zu einem Zeitpunkt vollzogen, zu welchem die Jugendlichen altersbedingt schon lange nicht mehr im Amt sind. Der Ausführungsverzug führt seitens der jungen Amtsinhaber zu Verdrossenheit, die niemand gutheißen kann. Die SÖS fordert: Sofern die Stadt mit einem Beschluss des Jugendrates einverstanden ist, muss die Umsetzung im Eilverfahren vollzogen werden.

## **3. Die solidarische Stadtgesellschaft als Ziel**

Stuttgart gilt als reiche Stadt. Doch die Fassade hat Risse. Auch wenn die Einkommen über dem Bundesdurchschnitt liegen und auf den ersten Blick mehr Menschen Arbeit haben als in vergleichbaren Städten, sind im Januar 2014 bei der Arbeitsagentur für Stuttgart 18.388 (5,9%) Personen arbeitslos gemeldet. Ein realistischeres Bild geben die „Unterbeschäftigungszahlen“, weil diese alle arbeitslos Gemeldeten erfasst (u.a. auch Teilnehmer\_innen an Bildungs- und Trainingsmaßnahmen, Personen, wegen Kinder- und Pflegebetreuung, Personen in Minijobs). Diese Arbeitslosenzahl liegt in Stuttgart bei 24.708 und einer Quote von 7,9%. Jeder Dreizehnte ist in Stuttgart arbeitslos. Aber auch mit Arbeit sieht es nicht für jeden gut aus in Stuttgart. Das Jobcenter errechnet für 2013, dass 29,06% der erwerbsfähigen Leistungsbezieher von ihrer Arbeit nicht leben können und aufstocken müssen. -Nicht erfasst werden viele, die sich aus Scham, Stolz oder Trotz nicht als arbeitssuchend melden und daher in

den Statistiken nicht auftauchen. Auch viele Ältere, die durch Hartz IV zwangsverrentet wurden, tauchen nicht mehr auf.

## **Anstieg der Armut**

Stuttgart verzeichnet einen deutlichen Anstieg der Armut, jeder fünfte Bewohner (20,8%) ist davon betroffen. Sie haben ein Einkommen von weniger als 848 Euro im Monat (1 Alleinstehende/r 2011). In Stuttgart leben zur Zeit ca. 40 000 Menschen von der Grundsicherung für Arbeitsuchende, darunter sind mehr als 10.000 Kinder bis 15 Jahre, das sind 13,5% aller Kinder dieser Altersgruppe. Damit sind nur die Kinder erfasst, deren Eltern Arbeitslosengeld II beziehen. 16.830 Kinder wären nach Angaben des Jobcenters Stuttgart berechtigt, einen Antrag auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket zu bekommen. Dazu kommen Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, sog. Schwellenhaushalten, die die Bonuscard erhalten.

Einen weiteren Anhaltspunkt für das Ausmaß sozialer Benachteiligungen zeigt die städtische Erhebung der Bonuscardbezieher in Schulen. Mehr als ein Viertel aller Grundschüler (27,3%) bezieht eine Bonuscard. In den ehemaligen Hauptschulen, heute GWRS (Grund- und Werk-Realschulen) genannt, bezieht mehr als jeder dritte eine Bonuscard (35,6%). An den Realschulen sind es knapp ein Viertel der Schüler (23,6%). Sehr aussagekräftig ist die Zahl der Bonuscardbezieher\_innen an den Stuttgarter Gymnasien: 7,5%. Ein deutliches Beispiel dafür, wie Einkommenssituation und Bildungschancen auch in Stuttgart zusammenhängen.

Eine solidarische Stadtpolitik kann nicht ignorieren, dass immer mehr Menschen arm und armutsgefährdet sind. Der Armutsforscher Christoph Butterwegge charakterisierte den gegenwärtigen Zustand als „expandierenden Suppenküchenstaat“, Wohltätigkeit bestimmt die Diskussionen anstatt Verteilungsgerechtigkeit. Dazu wurde mit staatlicher Förderung oder Ehrenamtlichen ein ganzes Heer einer Armutsfürsorge aufgebaut: die Tafelläden, die Sozialkaufhäuser, die Vesperkirchen und an Weihnachten eine Spendenaktion der Zeitungen für die Ärmsten der Stadt. Der Einsatz der Ehrenamtlichen verdient Anerkennung, löst aber die Probleme nicht grundsätzlich und wird leider oft als Feigenblatt für das Versagen staatlicher Institutionen missbraucht.

Für die Mehrheit der Bevölkerung ist die einzige Möglichkeit in unserer Gesellschaft teilhaben zu können eine ausreichend bezahlte Arbeit oder eine ausreichende staatliche Existenzsicherung.

10 Jahre Arbeitsmarktpolitik à la Agenda 2010, eingeleitet durch die damalige rot-grüne Bundesregierung, haben uns mehr Arbeitsplätze bei sinkendem Arbeitsvolumen beschert. Viele dieser expandierenden Agenda-Arbeitsplätze sind Billigjobs: Leiharbeit, befristete Arbeit, Minijobs, Teilzeitarbeit. Heute ist jedes fünfte Beschäftigungsverhältnis im Niedriglohnbereich. Über 4 Mio. Menschen arbeiten für einen Stundenlohn unter 7 €. Knapp die Hälfte aller Neueinstellungen erfolgt befristet.

## **Kürzung der Versicherungsleistungen**

Seit Mitte der 90er Jahre wurden durch Reformen die Ansprüche auf Arbeitslosengeld aus der Arbeitslosenversicherung für die Leistungsbezieher stetig gekürzt. z.B.: durch weniger Leistung, Änderung der Bemessungsgrundlage, der Altersvoraussetzungen, der zumutbaren Arbeit, Sanktionen. Heute ist die Absicherung durch die Arbeitslosenversicherung Ausnahme. Nur noch 1/3 aller Leistungsempfänger\_innen bekommt Arbeitslosengeld I, 2/3 muss sich mit Arbeitslosengeld II zufrieden geben, auch in Stuttgart.

## **Existenzsicherung gewährleisten**

Das soziale Netz, das im Zusammenhang mit der rot-grünen Agenda die Arbeitsmarktpolitik radikal verändert hat, heißt Hartz IV. Es ist repressiv, seine Maschen sind weit, es sichert nicht die Existenz. Die offizielle Bezeichnung heißt: Grundsicherung für Arbeitsuchende! So wenig wie der Name

Grundsicherung verspricht, so irreführend ist der zweite Teil. Nicht nur Arbeitssuchende sind mit diesem System erfasst, sondern die ganze Familie. Kinder und Jugendliche werden ebenso beobachtet, erfasst und kontrolliert wie erwachsene Leistungsbezieher\_innen.

2014 beträgt das Existenzminimum für 1 Person 391 €, zusätzlich gedeckelter Mietkosten und Heizungskosten. Für 1 Kind bis 6 Jahre 229 €. Da dieses Kind 184 € abgezogen bekommt, bleiben ihm (im Vergleich zu Kindern, die nicht in Harz IV Haushalten leben) 45 € im Monat!

Alleinstehende und Familien kommen trotz großer Anstrengungen nicht über die Runden, sie fühlen sich abgehängt. Sie haben keine Hoffnung mehr, durch ihre Beteiligung z.B. an Wahlen, etwas zu ändern. Wenn aber diese Mitbürger\_innen nicht mehr an Entscheidungsprozessen teilnehmen, wächst der Einfluss der wohlhabenden Schichten und entsprechend wird die Politik bestimmt.

### **Zur Verbesserung der Einkommenssituation fordern wir:**

- Die sofortige Erhöhung der Einkommensgrenze für die Bonuscard. Vergünstigungen durch die Bonuscard erhalten neben Bezieher\_innen von Alg 2 und Sozialhilfe auch sog. Schwellenhaushalte. Seit 2009 wurden die Einkommensgrenzen dafür nicht mehr erhöht. Die Anpassung der Einkommensgrenzen muss, nach eigenen Vorgaben der Stadt, mindestens alle zwei Jahre erfolgen. Die Anpassung soll sich an der Erhöhung der Regelbedarfe orientieren.
- Ein Sozialticket für den ÖPNV, das die Kosten, die im Regelbedarf für Bus- und Bahnfahrten vorgesehen sind, nicht übersteigt: z.Zt. 19,90 €. Langfristig fordern wir einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr.
- Verbilligung der Tarife für Strom und Gas für alle Menschen mit Bonuscard.
- Bonuscard - Ermäßigung auch für die Nutzung der Mineralbäder.
- Kostenlosen Eintritt in die städtischen Theater, Ausstellungen, Konzerte und Museen mit der Bonuscard. Mit anderen Veranstaltern muss die Stadt Verbilligungen aushandeln.

### **Gleiche Chancen für alle Kinder ermöglichen**

SÖS unterstützt die Initiative "Reiche Stadt – Arme Kinder", die sich seit Jahren für eine Verbesserung der Lage armer Kinder einsetzt. Diese Kinder leben in Familien, die von Armut gestresst sind. Insbesondere sind Alleinerziehende betroffen und Familien mit mehreren Kindern. Keine gute Voraussetzung, den Bildungsanforderung gerecht zu werden und die soziale Kluft an den Schulen zu überwinden. Die Initiative „Reiche Stadt – Arme Kinder“ setzt mit ihren zentralen Forderungen beim SGB II (Sozialgesetzbuch) an.

### **Zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen brauchen wir:**

- bedarfsgerechte Erhöhung der Kinderregelsätze.
- keine Anrechnung des Kindergelds.
- Rückführung der Kosten des Bildungs- und Teilhabepakets in die Kinder- und Jugendhilfe vor Ort.

Die Kosten, die das bürokratische Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung verursacht, sollen den Kommunen für eine kinder- und jugendgemäße Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden – und zwar für alle Kinder. Deshalb richten sich weitere Forderungen an einen Ausbau der kommunalen Infrastruktur für alle Kinder und Jugendlichen.

## **Armutspstitution bekämpfen - das älteste Gewerbe der Welt fair bezahlen**

Sklavenarbeit hat in einer Gesellschaft mit humanitären Ansprüchen nichts verloren. Und doch gibt es sie mitten unter uns in Stuttgart. Arbeit unter Zwang, Arbeit ohne jeglichen Vertrag, Arbeit mit hoher Gesundheitsgefährdung, keine oder indiskutable Entlohnung. **Die Rede ist von Armutspstitution.**

Ein Konzept der Bezirksbeiräte Stuttgart-Mitte der SÖS zeigt einen Weg, wie man dieses Problem endlich anpacken könnte. Ziel dieses Konzeptes ist, die Geschäftsgrundlage der Profiteure nachhaltig zu zerstören. Zurzeit ist es sehr einfach und ungefährlich, Frauen zur Prostitution zu zwingen. Solange die Betroffenen nicht gegen ihre „Betreuer“ aussagen, geschieht nichts. Die wenig befriedigende Situation wäre komplett anders, wenn folgende Maßnahmen ergriffen werden würden:

Selbständig arbeitende Prostituierte müssen einen entsprechenden Zulassungsschein einholen (in anderen Gewerbebetrieben bereits obligatorisch). Unterricht und Prüfung hierzu (u.a. in Allgemeinbildung, Steuerrecht, Selbstverteidigung, Gesundheitswesen) sind jedoch derart anspruchsvoll, dass nur Personen mit mindestens mittlerer Bildung diese bestehen.

Personen, die jene Prüfung nicht bestehen, können mit einem (leichter zu erlangenden) Berechtigungsschein als angestellte Prostituierte arbeiten - allerdings nur in einem zertifizierten Bordell.

Bordelle selbst dürfen nur noch als zertifizierter Betrieb auftreten. Dieses Zertifikat wird nur unter bestimmten Bedingungen erteilt. Die Bordelleitung benötigt einen kostenpflichtigen Zulassungsschein zum Führen eines Gewerbebetriebes; Voraussetzungen hierfür: Keine Vorstrafen, Kurse Gesundheitsschutz, Arbeitsschutz, Brandschutz, Personalführung, Steuerrecht, Management Gewerbebetrieb. Des Weiteren gilt in dieser Arbeitsstätte:

- Garantierter Mindestlohn der Angestellten: Zwanzig Euro / Stunde.
- Maximale wöchentliche Arbeitszeit: 40 Stunden-Woche (Zeiterfassung behördlich überprüft).
- Urlaubsanspruch gemäß aktuellem Manteltarifvertrag öffentlicher Dienst.
- Nachweis, dass die Räumlichkeiten zum Betreiben eines Bordells geeignet sind (Schwerpunkt Brandschutz und Lärmemission und gegebenenfalls die Einhaltung der denkmalschutzrechtlichen Auflagen).

Parallel zu den neuen Berechtigungsscheinen sollten folgende Regeln gelten:

- Freier, die bei Prostituierten ohne Zulassung oder in Bordellen ohne Zertifizierung sexuelle Dienstleistungen erwerben, werden belangt.
- Ausländische Prostituierte, die gegen ihre „Betreuer“ aussagen, erhalten Bleiberecht.

## **4. Teilhabe und Chancengerechtigkeit ermöglichen**

### **Vielfalt stärken**

Teilhabe und Chancengerechtigkeit - unabhängig von Herkunft, Alter, Religion, Geschlecht oder sexueller Identität - sind Ziel der Politik von SÖS. Im Mittelpunkt stehen für uns die Potentiale und Chancen, die von einer vielfältigen Stadt ausgehen. Fern der üblichen Sonntagsreden zur "Willkommenskultur" kann die kommunale Politik mit konkreten Maßnahmen beispielhaft vorangehen.

Die Stadtverwaltung braucht neue Modelle bei der Besetzung von Stellen, damit sich die Bevölkerung besser in der Stadtverwaltung widerspiegelt. Anonyme Bewerbungen ohne Name, Foto, Adress- und Altersangaben können eine echte Chancengerechtigkeit herstellen. Interkulturelle und soziale Trainings

für städtische Mitarbeitende sind ebenfalls unverzichtbar für den Anspruch einer diskriminierungsfreien Stadtverwaltung. Im Dialog mit Verbänden und Migrantenorganisationen müssen weitere Schritte entwickelt werden.

Die Arbeit der "Abteilung Integration" der Stadt Stuttgart ist deutschlandweit beispielhaft und muss weiter ausgebaut und gefördert werden. Der Internationale Ausschuss hat bisher nur "beratenden" Charakter. Wie für die Bezirksbeiräte fordern wir, dass der Internationale Ausschuss konkrete Einflussmöglichkeiten auf die kommunale Politik erhält.

Stuttgart ist reich an Kulturen, an Wissen und Ideen. Wenn alle aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sich mit ihren Erfahrungen einbringen, wird ganz Stuttgart davon profitieren. Es müssen Möglichkeiten der Teilhabe für alle Stuttgarter\_innen geschaffen werden. Selbstorganisierte Stadtteilzentren nach dem Modell des internationalen Stadtteilzentrums ‚Haus49‘ könnten in allen Stadtbezirken die Begegnung unserer vielfältigen Stadtgesellschaft ermöglichen.

Neben der Förderung der Sprachkompetenzen von Kindern- und Jugendlichen aus mehrsprachigen Haushalten müssen wir unserer Verantwortung gegenüber den älteren Migranten\_innen gerecht werden. Viele von ihnen kamen in jungen Jahren als Arbeitsmigranten\_innen nach Deutschland. Die Politik in unserem Land hat jahrzehntelang eine menschenunwürdige Einwanderungspolitik betrieben. Diese Fehler der Vergangenheit dürfen nicht auf kommunaler Ebene weitergeführt werden. In kommunalen Einrichtungen muss eine "kultursensible Altenhilfe" garantiert werden. Informationen zu Gesundheit, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Begegnungsorte müssen sich auch immer an die Bedürfnisse der älteren Migranten\_innen richten.

## **Sexuelle Diskriminierungen nicht dulden!**

Wir setzen und dafür ein, dass sich die Stadt an das Gleichbehandlungsgesetz hält. Benachteiligungen aufgrund des Alters, der Herkunft, des Geschlechts, der Religion, einer Behinderung oder der sexuellen Identität dürfen wir in unserer Stadt nicht dulden. Es gibt keinen Grund, Heterosexuelle in irgendeinem Bereich – egal ob im Arbeitsrecht, im Steuerrecht oder im Adoptionsrecht – anders zu behandeln als Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle und Queers (LSBTTIQ).

Als SÖS werden wir uns dafür einsetzen, dass alle Träger, die von der Stadt Stuttgart gefördert werden, dazu verpflichtet werden, sich an das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zu halten. Träger, die finanzielle Unterstützung der Stadt Stuttgart erhalten, dürfen somit Angestellte und Publikum ihrer Einrichtungen auf Grund sexueller und/oder geschlechtlicher Identität nicht diskriminieren.

Wir setzen uns ein für die Schaffung einer Beratungs- und Gleichstellungsstelle für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle und Queers bei der Stadt Stuttgart. Hier und in anderen städtischen Informationen soll es deutliche Hinweise auf Beratungsangebote geben. Städtischen Mitarbeiter\_innen in der Verwaltung, in Kindergärten, Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen und Krankenhäusern sollen durch Schulungen zu Diversity unter Berücksichtigung von Genderaspekten die Möglichkeit erhalten, sich intensiv mit dem Thema "sexuelle und geschlechtliche Identität" auseinanderzusetzen.

Im "Lern- und Gedenkort Hotel Silber" soll die Homosexuellenverfolgung während der NS-Zeit und die anschließende Kriminalisierung von Homosexuellen durch den §175 bis ins Jahr 1969 angemessen dargestellt werden.

## **Menschenwürdige Flüchtlingspolitik**

In unserer reichen Stadt haben wir gegenüber Menschen, die aus größter Not nach Deutschland flüchten, eine große Verantwortung. Stuttgart wird in den nächsten Jahren aufgrund der vielen kriege-

rischen Konflikte in der Welt weitere Flüchtlinge aufnehmen. Unsere Stadt kann und muss sich das leisten.

Wir setzen uns für eine menschenwürdige Unterbringungspolitik der Flüchtlinge ein. Wir fordern eine dezentralisierte Unterbringung von Flüchtlingen und sind gegen die Planung und Schaffung von Massenunterkünften am Rande der Stadt. Die vom Ministerium für Integration des Landes Baden-Württemberg geforderte 7qm Mindestwohnfläche für Flüchtlinge muss die Stadt Stuttgart sofort und für jeden Flüchtling gewährleisten. In den Wohneinrichtungen sollten zudem ausreichend Sozialarbeiter\_innen eingesetzt werden, um die Menschen auf ihrem Weg zur Teilhabe an unserer Gesellschaft zu unterstützen.

In den Wohneinrichtungen ist der Betreuungsschlüssel von einer sozialpädagogischen Kraft für 136 Asylbewerber bei all den psychischen und sozialen Härten in keiner Weise ausreichend. Wir fordern mindestens eine Verdoppelung der Anzahl der sozialpädagogischen Kräfte. Besonders bei Neuebelegungen ist ein höherer Betreuungsschlüssel unbedingt erforderlich.

Wir fordern die sofortige Schulpflicht für Flüchtlingskinder und Deutschkurse für alle Flüchtlinge und Asylsuchende.

## **5. Zu einer humanen Arbeitswelt beitragen**

Wir brauchen eine Politik, die nicht einfach nur reagiert, wenn Not unabweisbar wird. Wir brauchen eine Politik, die Visionen aufwirft, wie eine Gesellschaft gestaltet werden muss, in der sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene ihren Fähigkeiten entsprechend entwickeln können. Doch das profitorientierte Leistungsprinzip prägt unsere Gesellschaft. Die Hilfesysteme sind immer noch einseitig daran orientiert, die Menschen für das Aushalten dieses Drucks zu konditionieren. Denn nur wer Arbeit hat und dem kapitalistischen Leistungsdruck standhält, genießt Anerkennung. Andere gesellschaftstragende Tätigkeiten werden dadurch abgewertet. Arbeitslosigkeit, eine Behinderung oder eine beschränkte Belastbarkeit werden gar als Makel und Vermittlungshemmnis gesehen. Menschen, die den hohen Leistungsansprüchen nicht genügen, aus welchen Gründen auch immer, werden gering geschätzt. Die uneingeschränkte Teilnahme an gesellschaftlichen Angeboten auf der Basis der Anerkennung individueller Unterschiedlichkeit ist aber entscheidend für ein intaktes Gemeinwesen. Mit Förderungen, Bereitstellung von Räumen, Fortbildungen, kostenlosen Kultur- und Freizeitangeboten u.a. Maßnahmen kann die Stadt die Erziehung von Kindern, die Pflege von Angehörigen, künstlerische Betätigung, Nachbarschaftshilfe und auch das Ehrenamt fördern.

Die Gesellschaft und die Stadt muss allen Bürgern eine dauerhafte soziale Sicherung gewährleisten, die sie voll am gesellschaftlichen Leben teilhaben lässt und ihnen die Möglichkeit gibt, Entscheidungen im Einklang mit den eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten zu treffen.

### **Einhaltung tariflicher Regelungen sichert Arbeitsplätze**

Die Gesundheitsberichte der Krankenkassen über die Auswirkungen der Arbeitsbedingungen sprechen eine eindeutige Sprache: Immer mehr Menschen werden durch den zunehmenden Stress, bedingt durch Überstunden, Personaleinsparungen und Leistungsdruck am Arbeitsplatz körperlich und psychisch krank. Keineswegs veraltet sind die Forderungen der Gewerkschaften nach Überstundenabbau und Arbeitszeitverkürzung.

Die Stadt Stuttgart muss von den vielen Betrieben, an die sie Aufträge vergibt, den Nachweis der Einhaltung gewerkschaftlicher und diskriminierungsfreier Standards verlangen. Einrichtungen, bei denen man auf Grund seiner sexuellen Orientierung, von Scheidung oder Religionszugehörigkeit nicht eingestellt oder gar gekündigt werden kann, bekommen keine städtischen Aufträge. Das würde neue Arbeitsplätze schaffen und verhindern, dass Menschen arbeitslos oder durch Arbeit krank und arbeitslos werden.

## Neue Technologien zum Wohle Aller nutzen

Der Gemeinderat kann dazu beitragen, dass in Stuttgart Arbeitsplätze gesichert und solche geschaffen werden, von denen die Menschen leben können. Zwar kann er das nur indirekt, denn das ist das Feld des Handwerks, des Handels, der Industriebetriebe und der Gewerkschaften. Doch "Wirtschaftsförderung" ist eine zentrale Aufgabe der Kommune. Sie darf sich nicht allein an wirtschaftlichen, sondern muss sich v.a. an ökologischen und sozialen Kriterien orientieren. Sie stellt die Infrastruktur, das Bildungswesen, das kulturelle Umfeld und kann Ideengeber für Innovationen sein. Arbeitsplätze entstehen durch Visionen und neue Entwicklungen.

Stuttgart ist eine Autoproduktionsstadt - keine der anderen Fraktionen im Gemeinderat hat den Mut, diese Abhängigkeit von einer umweltschädigenden und bald überholten Technologie in Frage zu stellen. Unsere Vision ist die Wende zu einer nachhaltigen Stadt. Die Klimakatastrophe, der notwendige Umbau unserer Energiewirtschaft, auch die Finanzkrise erfordern ein neues, am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaften, das nicht mehr auf der Ausbeutung von Mensch und Natur beruhen darf. Dies ist zur Überlebensfrage der ganzen Menschheit geworden, denn die natürlichen Ressourcen sind endlich.

Stuttgart hat auf allen Feldern hervorragende Ingenieure, Facharbeiter und wissenschaftliches Know-How, um dazu einen Beitrag zu leisten. Unsere Stadt kann Wegbereiter einer wirklichen Kreislauf-Wirtschaft, neuer Energietechnologien, der Entwicklung intelligenter Verkehrs- und Transportsysteme und einer CO<sub>2</sub>-freien Stadt werden. Die Stadtverwaltung kann solche Projekte, fördern, die Fachdisziplinen der Hochschulen koordinieren und Stuttgart als Anwendungsfeld für Pilotprojekte zur Verfügung stellen.

Das schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze im heimischen Gewerbe und in innovativen Unternehmen. Und es sichert die Zukunft vieler Generationen. Wir dürfen auch den Blick auf lokale Eigenarten und Traditionen nicht verlieren. Echte Handwerkskunst und gute Fachgeschäfte in den Stadtteilen müssen durch eine kluge Infrastrukturpolitik gestützt werden, statt den globalen Kaufhaus- und Handelsketten und ihren Massenwaren den Weg in die Innenstadt zu ebnen.

## 6. Wohnen als Grundrecht für jeden schaffen

SÖS setzt sich dafür ein, dass Wohnungspolitik endlich das wird, was sie sein sollte: Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Das bedeutet:

- die Bodenspekulation und Bodenversiegelung stoppen,
- dass die SWSG, ein großer Akteur auf dem Stuttgarter Mietwohnungsmarkt, wieder zurück geholt wird unter die direkte Kontrolle des Gemeinderats,
- dass Mieten bezahlbar bleiben,
- ein städtisches Wohnraumprogramm aufzulegen mit 500 geförderten Mietwohnungen im Jahr
- das Stuttgarter Innenentwicklungsmodell (SIM) zu stärken,
- einen haushälterischen, sparsamen und schonenden Umgang mit Boden,
- eine Leerstandsabgabe einzuführen,
- die Zweckentfremdung zu stoppen, Umnutzungs- und Aufwertungsprozesse abzdämpfen,
- mehr Wohnraum für Studierende,
- für Möglichkeiten des integrierten Wohnens für Alt und Jung, Singles, Familien mit Kindern, Migranten und Behinderte,
- Wohnungen und Böden nicht mehr dem Markt zu überlassen,
- personelle Stärkung des Baurechts- und Stadtentwicklungsamtes.

Immer mehr Bürger\_innen können sich das Wohnen in der Stadt kaum mehr leisten. Wohnraumversorgung ist Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge. In Stuttgart herrscht Wohnraumnot. Einer wachsenden Stadtbevölkerung steht ein quantitativ und qualitativ unzureichendes und teures Wohnraumangebot gegenüber. Das Pestel-Institut sieht in einer Studie von 2012 ein Wohnraumdefizit von 8.000 Wohneinheiten in Stuttgart, das Statistische Landesamt in der regionalen Wohnbedarfs-vorausrechnung aus dem Jahr 2011 ein Defizit von 16.000 Wohnungen. Gleichzeitig hat die wirtschaftliche Not vieler Haushalte in der Stadt in den Jahren seit der Finanzmarktkrise 2008 und aufgrund der deutlichen Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse stark zugenommen.

15 Prozent der Stadtbevölkerung gelten als armutsgefährdet. Wohnraumnot wird so für viele Menschen zur existenziellen Bedrohung, denn viele wenden bereits heute 50 Prozent und mehr ihres verfügbaren Haushaltseinkommens für das Wohnen auf. Neuer Wohnraum entsteht aber noch immer vorwiegend in privilegierter und flächenintensiver Bauweise, anstatt in anspruchsvollem Geschoss-wohnungsbau. Bauland wird so verschwendet. Die städtischen Wohnraumförderprogramme bringen Jahr um Jahr viel Wohneigentum und wenig bezahlbaren Mietwohnraum hervor. Die Folge ist, dass Belegungsrechte der Stadt rapide verfallen. Während in Stuttgart etwa 12 000 Wohnungen leer stehen, können 3500 Haushalte aktuell nicht vom Amt für Liegenschaften und Wohnen mit einer Wohnung versorgt werden. 21 neu gebaute Sozialwohnungen im Jahr 2012 stehen einem jährlichen Verlust von über 450 bis 500 Wohnungen mit Belegungsbindung gegenüber. Stuttgart hat viel zu lang eine auf Großinvestoren und Bodenspekulation zugeschnittene Stadtentwicklung forciert und die sozialen Verwerfungen ignoriert.

Der Verkauf der LBBW-Immobilien an profitorientierte Investoren und Spekulanten war der jüngste Rückschlag für die Bemühungen um eine gemeinwohlorientierte Wohnungsbewirtschaftung. Die Folgen können nur durch eine kommunale Wohnraumwirtschaft nach sozialen und ökologischen Kriterien aufgefangen werden. Steuert die Stadt jetzt nicht um, dann nimmt die Wohnungsnot in den nächsten Jahren nochmals deutlich zu. Mindestens 1000 bezahlbare Wohnungen pro Jahr, durch öffentliche Förderung und eigene Bau- und Erhaltungsaktivitäten der Stadt sind erforderlich. Der Kritik des Mietervereins, dass die vom OB als Chefsache bisher vorgelegten Pläne mit 200 Sozialwohnungen 2014 und 300 für 2015 "blamabel" seien, kann man nur zustimmen. Denn die über 3300 dringend wohnungssuchend vorgemerkten Haushalte können nicht versorgt werden.

SÖS setzt sich deshalb dafür ein, die Bodenspekulation zu stoppen und hat im Gemeinderat beantragt, dass die Stadt einen kommunalen Bodenfond zur strategischen Bodenbevorratung gründet und für diesen schrittweise geeignete Grundstücke vom Markt erwirbt. Dazu sind auch Instrumente wie Vorkaufsatzungen anzuwenden. Die Stadt Stuttgart soll zukünftig grundsätzlich keine Grundstücke mehr verkaufen, sondern sie in Erbbau mit dem Ziel vergeben, mehr Mietwohnraum und mehr Wohnraum mit Belegungsbindung zu schaffen. Der Verkauf von Erbbaugrundstücken und die Ablösung von Wohnungen mit Sozialbindung soll zukünftig unterbunden werden.

SÖS setzt sich dafür ein, dass die SWSG, ein großer Akteur auf dem Stuttgarter Mietwohnungsmarkt, wieder zurück geholt wird unter die direkte Kontrolle des Gemeinderats und zwar als ein städtisches Amt für Wohnungswesen. Die SWSG ist zwar eine 100-prozentige Stadttochter, in ihrer heutigen Rechtsform hindert sie das aber nicht im mindesten daran, sich ihrer Kern- Aufgabe, nämlich günstigen Wohnraum bereitzustellen, zu entziehen und stattdessen am Wohnungsmarkt höhere Renditen zu erzielen. Kein weiterer Verkauf von SWSG-eigenen Wohnungen. Der Mietwohnungsbestand der SWSG ist von über 20.000 Wohnungen auf inzwischen 18.000 gesunken. Noch immer verkauft die SWSG Mietwohnungen aus dem Bestand oder lässt Mietwohnungen abreißen, um sie durch Neubau von Eigentumswohnungen zu ersetzen, etwa bei der städtischen Siedlung Rohrer Höhe.

Außerdem wollen wir, dass eine Stabstelle beim Oberbürgermeister zur wohnraumpolitischen Koor-dination inklusive der Bodennutzung geschaffen wird. Dort soll die Leitung und Lenkung der beteiligten Ämter und städtischen Gesellschaften gebündelt werden.

SÖS will, dass Mieten auch für mittlere und untere Einkommensbezieherinnen bezahlbar bleiben bzw. werden. Die angekündigten Mieterhöhungen der SWSG um durchschnittlich 6,2 Prozent sollen nicht vollzogen werden. Mieterhöhungen im städtischen Wohnungsbestand sollen nach Modernisierungen auf maximal zehn Prozent der Kaltmiete gedeckelt werden. Haben sich die Modernisierungskosten amortisiert, so werden die Mieterhöhungen zurückgenommen. Langfristig wollen wir für den öffentlich geförderten Wohnungsbau den Grundsatz durchsetzen: keine Mieterhöhung bei Substanz erhaltenden Sanierungs-, Umbau-, und Ertüchtigungs - Maßnahmen.

SÖS hat vergeblich beantragt, ein städtisches Wohnraumprogramm aufzulegen: Für den Doppelhaushalt 2014/2015 sollten pro Jahr 60 Millionen Euro für den Neubau städtischer Mietwohnungen eingestellt werden. Ziel ist die Schaffung von 500 mietgünstigen Mietwohnungen pro Jahr im direkten Besitz der Stadt. Geeignete Grundstücke aus der Zeitstufenliste Wohnen sind von der Stadt zum Zweck der Schaffung kommunaler Mietwohnungen zu erwerben.

Wir wollen außerdem das Stuttgarter Innenentwicklungsmodell (SIM) stärken. Dieses Modell schreibt zukünftig eine Wohnraumquote von 50 Prozent der Geschossfläche vor, zumindest so lange, bis alle Haushalte in der ALW-Vormerkdatei versorgt werden können. SIM soll zur Anwendung kommen, wenn bereits zehn Prozent der Grundstückswertsteigerung als Investorenanreiz beim Planungsbegünstigten verbleibt. Die Bindungsdauer für neu geförderte Sozialmietwohnungen und neue öffentlich geförderte Mietwohnungen für mittlere Einkommensbezieher soll auf 30 Jahre festgesetzt werden.

Entsprechend des Grundsatzes eines sparsamen Umgangs mit den immer knapper werdenden natürlichen Ressourcen steht für SÖS Instandhaltung, Bauen im Bestand, Sanierung und Wiederherstellung und Ausbau bestehenden Mietwohnraums vor Abriss und Neubau.

Vorhandene und nicht genutzte Gewerbe- und Büroräume können in Wohnraum umgewandelt werden. Dazu sind die stadtplanerischen und baurechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Auch unter dem dringenden Erfordernis von Verkehrsvermeidung sollten Dienstleistungs- und Bürogewerbegebiete wie z.B. der „Synergiepark Vaihingen / Möhringen als Mischgebiete festgesetzt werden.

Die Stadt stellt zukünftig in der Bauleitplanung eine Quote von mindestens 80 Prozent Geschosswohnungsbau im Verhältnis zu Einfamilien- und Reihenhäusern in jedem neuen Bebauungsplan sicher.

SÖS fordert, die Zweckentfremdung zu stoppen. Der Gemeinderat muss umgehend durch Satzung bestimmen, dass im Gemeindegebiet Wohnraum nur mit Genehmigung überwiegend anderen als Wohnzwecken zugeführt werden darf (Zweckentfremdung). Für die Durchsetzung und Überwachung des Zweckentfremdungsverbots muss ausreichend Personal bereit gestellt werden. Der Gemeinderat fordert die Landesregierung auf, die Rechtsverordnung zur Kappung der Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent in drei Jahren umgehend zu erlassen. Die Belegungsrechte und Mietpreisbindung auf städtische Wohnungen und Wohnungen der SWSG sollten auf unbegrenzte Zeit verlängert werden. Ferner muss der Gemeinderat auf Umnutzungs- und Aufwertungsprozesse in Kern und Sanierungsgebieten durch baurechtliche Festlegungen, Satzungen und Gebote ausgleichend einwirken.

SÖS setzt sich für mehr Wohnraum für Studierende ein. Studierende können besser versorgt werden, wenn das Studentenwerk im Umfeld von zwei Kilometern um Stuttgarter Hochschulen im Stadtgebiet einen privilegierten Zugriff auf städtische Grundstücke in Erbbau erhält, um Wohnraum für Studierende zu schaffen.

SÖS fordert außerdem Möglichkeiten des integrierten Wohnens für Alt und Jung, Singles, Familien mit Kindern, Migranten und Behinderte (etwa Mehrgenerationenhäuser mit ganzheitlicher Strategie). Viele Senioren wollen so lang wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung wohnen bleiben und dort auch gepflegt werden. Hier müssen bessere, bezahlbare und vielfältigere Hilfsmöglichkeiten geschaffen werden, von der Haushaltshilfe bis hin zur fachlichen Pflege. Viele Seniorinnen sind von Vereinsamung

bedroht, hier müssen noch sehr viel mehr Treffpunkte geschaffen werden, die außer kulturellen Angeboten auch die Möglichkeiten eines gemeinsamen Mittagstisches bieten.

## **Die Bodenversiegelung stoppen, soziale Bodenpolitik verwirklichen**

Die täglich in Deutschland versiegelte Fläche liegt bei etwa 100 Hektar. Das entspricht im Jahr etwa zwei Dritteln der Fläche des Bodensees. In Stuttgart werden bereits heute 50% der Gemarkungsfläche für Siedlungszwecke genutzt. Zwar gibt man vor, man konzentriere sich auf die Innenentwicklung, trotzdem läuft vieles falsch.

Die Balance zwischen Naturschutz und Siedlungsstruktur - nach dem Motto, so dicht wie ökologisch möglich, so offen wie ökologisch notwendig - muss Maßstab der Planung sein, damit wir unseren Kindern eine gesunde Lebensgrundlage hinterlassen. Statt Parks zu zerstören und Bäume zu fällen, müssen neue Grünflächen und Baumpflanzungen verpflichtende Planungsbestandteile werden. Kaltluftschneisen und Abkühlungsflächen dürfen nicht bebaut werden, hochwertige Böden müssen geschützt bleiben. Anstatt den Bau großer Bürotürme und Konsumtempel wie Milaneo, Gerber- und das Dorotheen-Quartier zu unterstützen, die hohe Büroleerstände mit sich bringen, werden wir uns für kleine parzellierte Grundstückseinheiten einsetzen, die eine hohe soziale und funktionale Durchmischung sicherstellen. Flächen für das Gemeinwesen wie KiTas müssen - genauso wie Freiräume für Kultur - immer mit eingeplant werden. Die Innenhöfe sind für das Stadtklima relevant, sie sind auch Spiel- und Begegnungsorte und sollen deshalb durch das Baurecht geschützt werden.

Damit die preistreibende Spekulationsspirale beim Boden gestoppt wird, wollen wir, dass die Stadt systematisch Grundstücke zurückkauft und nur noch über das Erbbaurecht verpachtet. Die Anwohner sollen ein großes Mitspracherecht bei der Nutzung und Bebauung eingeräumt bekommen.

## **7. Lernen und Bildung: Menschenrecht statt Privileg**

Bildung ist nicht die Anhäufung von Wissen. Bildung ist vielmehr ein Prozess, in dem der Mensch seine intellektuellen, kulturellen, lebenspraktischen und sozialen Fähigkeiten in Kooperation mit anderen Menschen erweitert. Was in der Schule im Idealfall erworben wird - und das zeichnet Bildung aus - ist die Fähigkeit, "dem öffentlichen Leben anzugehören" (Hegel), also die Fähigkeit zur Partizipation. Bildung setzt Urteils- und Reflexionsvermögen sowie die kritische Distanz sich selbst und der Welt gegenüber voraus. Dazu bedarf es auch einer größeren Wertschätzung der Arbeit der Lehrkräfte und Pädagog\_innen.

SÖS will ein verlässlicher Partner für alle Schularten sein, um gemeinsam mit den Schulen, die Rahmenbedingungen für eine gelingende schulische Biografie jedes einzelnen Schülers/ jeder einzelnen Schülerin unabhängig von der sozialen Herkunft zu gestalten.

### **Deshalb setzen wir uns ein**

- für den Ausbau der Grundschulen und aller Sekundarschulen, die das möchten, zu Ganztagschulen,
- für ein kostenloses Angebot bis 16.00h, das eine erholsame Mittagspause und einen rhythmisierten Unterricht ermöglicht,
- für mehr Gemeinschaftsschulen, möglichst in jedem Stadtteil,
- für eine finanziell gute Ausstattung der Schulen,
- für die Förderung individuellen und kooperativen Lernens,
- für die Berücksichtigung der Inklusion sowohl bei laufenden Schulsanierungen als auch bei geplanten Umbaumaßnahmen der Schulen,

- für qualifizierte Schulsozialarbeit an allen Schulen, die gezielte Präventionsmaßnahmen und eine individuelle Betreuung ermöglicht,
- für einen Hausmeister an jeder Schule (und Kita) und
- für die Vernetzung der Angebote für Schulen, Kinder und Jugendliche.

## Die Schulpolitik weiterentwickeln

Die Schulen brauchen genügend Spielraum, um in Ruhe und ohne Zeitdruck ihre pädagogischen Konzepte zu entwickeln. Gleichzeitig muss das Schulverwaltungsamt die räumlichen Voraussetzungen für eine qualitativ wirklich gute Ganztagschule schaffen. Deshalb sollen in den Stadtgebieten, in denen sich noch Schulen im Stadium der Entwicklung zur Ganztagschule befinden und auch Schülerhäuser weder qualitativ (etwa Mittagessen) noch quantitativ alle Schulkinder betreuen können, die Horte so lange bestehen bleiben, bis die erforderlichen Bedingungen einer guten Ganztagschule erfüllt sind.

Das Mittagessen muss an allen Schulen ernährungsphysiologisch ausgewogen und für alle kostenlos sein. Wir haben deshalb beantragt, dass die Verwaltung eine Planung vorlegt, um langfristig an Schulen ein kostenloses Mittagessen zu ermöglichen, welches den Ansprüchen einer gesunden und geschmackvollen Ernährung gerecht wird. Dazu gehört auch, dass Kinder den Umgang mit Lebensmitteln erlernen und auch selber kochen können. Deshalb soll bei jedem Umbau einer Schule zur Ganztageschule nicht nur eine Mensa, sondern auch eine Küche eingeplant werden.

## Grundschule auf dem Weg zur Ganztageschule

Im Grundschulalter sollen die Kinder verschiedene Kulturtechniken erlernen und unabhängig von den soziokulturellen Voraussetzungen Welt erfahren. Pädagogisch bedeutend ist außerdem die Erfahrung der Selbstwirksamkeit und Freude am ungestörten Lernen. Der Neurobiologe Prof. Gerald Hüther etwa zeigt in seinen wissenschaftlichen Untersuchungen auf, dass „Kinder nur das wirklich lernen, was sie aus eigener Kraft entdecken“. SÖS unterstützt eine Schulform, die die Kreativität der Kinder fördert, die den Kindern Raum bietet sich auszuprobieren und die Begründungen gibt.

Kinder und Schulkinder brauchen Raum und Zeit für selbstbestimmtes, nicht eng kontrolliertes Spielen. In jedem Stadtteil muss sichergestellt sein, dass die Kinder an den Grundschulen mit Ganztagesbetreuung ein umfassendes Angebot an Naturerfahrungen, Kultur, Musik, Theaterspielen und Sport haben. Dazu können mehrere Schulen in einem Stadtteil kooperieren. Wenn für das Ganztageschulangebot nicht – öffentliche Träger einbezogen werden, muss sichergestellt werden, dass tarifliche und diskriminierungsfreie Standards eingehalten werden. Eine Privatisierung des Angebots muss verhindert werden.

## Gemeinschaftsschulen

Sinkende Schülerzahlen, der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung und die daraus folgende Schließungen von einzelnen Haupt- und Werkrealschulen sind die bestimmenden Themen bei der Diskussion um die Schulart Gemeinschaftsschule. Im Vordergrund steht die Erkenntnis, dass das längere gemeinsame Lernen, wie es an der Gemeinschaftsschule möglich ist, einen wertvollen Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit darstellen kann.

Um der Bildungsgerechtigkeit näher zu kommen, setzen wir uns ein für eine Schule für alle, die Gemeinschaftsschule, die nicht nur Haupt- und Realschulniveau, sondern auch einen gymnasialen Abschluss ermöglicht. Schule für Alle heißt auch: Lernangebote für alle Schüler und Schülerinnen, unabhängig von ihren individuellen Begabungen oder ihrer sozialen Herkunft. Schule soll, anstatt zu selektieren, vor allem das gemeinsame Lernen unterstützen und dazu ermuntern, dass die Stärkeren den Schwächeren helfen – dies ist für alle von Vorteil. Eingeschlossen sind darin auch Kinder und

Jugendliche mit Behinderung. Dazu müssen die personellen und räumlichen Bedingungen geschaffen werden. Sämtliche Schulen, die sich auf diesen Entwicklungsweg machen wollen, brauchen finanzielle Mittel, um sich ggf. externes Personal zur Begleitung dieser Prozesse holen zu können und den Umbau der Schulen auf ein individuelles und kooperatives Lernen zu gestalten.

### **Werkreal- / Realschulen und Gymnasien**

Nicht alle Sekundarschulen werden sich in den nächsten Jahren zu Gemeinschaftsschulen entwickeln, auch diese Schularten benötigen eine ausreichende finanzielle Unterstützung seitens der Stadt, um die pädagogischen Herausforderungen zu meistern. Dazu bedarf es vor allem einer guten Ausstattung der Schulen. Notwendige Schulhaussanierungen und/oder der dazugehörigen Anlagen dürfen nicht über Jahre hinaus gestreckt werden, sondern müssen umgehend angegangen werden.

### **Weiterentwicklung der Förderschulen zu Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren**

Wir setzen uns dafür ein, Inklusion, also die Einbeziehung von Schülern mit Handicaps, zu unterstützen. Das Ziel, dass jede Familie, die das möchte, ihr Kind in einer allgemeinen Schule unterrichten lassen kann, ist noch lange nicht erreicht. Es muss aber bei dem konzeptionellen Ausbau der Schullandschaft sukzessiv weiter verfolgt werden. Dazu muss entsprechend zusätzliches Personal, auch nicht-lehrendes, gesichert sein, ebenso die räumliche Ausgestaltung aller Schulen. Nur so kann Inklusion für alle Beteiligten gelingen. Falls Sonderpädagog\_innen an verschiedenen Schulen eingesetzt werden, müssen sie dafür besonders unterstützt werden.

### **Berufliche Schulen**

Die beruflichen Schulen haben in den letzten Jahrzehnten einen erheblichen Beitrag geleistet, Bildungsbiografien von Jugendlichen zu gestalten. Schüler ohne Abschluss der allgemein bildenden Schulen fanden in diesen Einrichtungen immer eine zweite Chance. Berufskollegs und berufliche Gymnasien bieten Anschlüsse für eine Weiterqualifizierung der Jugendlichen, und die Berufsschulen ermöglichten vielen Hauptschülern den Zugang zur mittleren Reife. Diese Arbeit muss unterstützt werden. Vor allem die Bereiche, die nicht im Fokus der Wirtschaft stehen, brauchen die öffentliche Hand, um allen Schülerinnen und Schülern eine gute Aus- und Weiterbildung zu sichern.

### **Kommunale Unterstützung und Vernetzung**

Durch die Digitalisierung der Gesellschaft findet auch in den Schulen ein Umbruch statt. Auf Druck der Industrie und der Bundesregierung werden TabletPCs und SmartPhones als Lehrmittel eingeführt, ohne Berücksichtigung der Erkenntnisse industrieunabhängiger Wissenschaftler. In einer neuen Auswertung der Gesamt-Studienlage schreibt der Ulmer Neurobiologe Prof. Manfred Spitzer: "Nach den vorliegenden Daten wird die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen (knapp 90%) das Smartphone vor allem für Aktivitäten nutzen, die ihrer Bildung, ihrer Gesundheit und ihren sozialen Beziehungen schaden." (Nervenheilkunde 1-2/2014) Es wird gewarnt vor lernschädigenden Effekten, aber auch vor der Überwachung und Manipulation, die durch diese Geräte stattfindet. Sie bergen die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche immer weniger eigene Naturerfahrungen erleben, sich weniger bewegen, computer- und/oder handysüchtig werden. Für die allseitige Entwicklung der körperlichen, sinnlichen und geistigen Fähigkeiten brauchen die Kinder mehr Kontakt zur realen Welt. Dies erfordert eine Erziehung zur Medienmündigkeit, die nicht vorwiegend die Beherrschung der digitalen Geräte zum Ziel hat, sondern Kenntnis aller Medien und Einsichten in den kritischen Umgang mit den digitalen Bildschirmmedien. Dies stärkt die selbst- (und nicht medien-) bestimmte Persönlichkeits-

entwicklung. Hierzu brauchen Eltern und Schulen dringend Aufklärung und Unterstützung durch die Stadtverwaltung.

Die Schulsozialarbeit ermöglicht gezielte Präventionsmaßnahmen und eine individuelle Förderung. Zwar baut Stuttgart die Schulsozialarbeit sukzessive aus, aber dies geschieht nicht in ausreichendem Maß. Immer noch werden hauptsächlich halbe Stellen an den Schulen vergeben. Dies wirkt sich dahingehend aus, dass die Qualität der Schulsozialarbeit hinter dem zurückbleibt, was möglich wäre. Denn eine pädagogisch wirksame und effektive Arbeit ist nur mit ausreichenden Zeitressourcen möglich. So sind für alle Schulformen Vollzeit-Stellen einzurichten und die vielen bereits existierenden halben Stellen sind auf volle Stellen aufzustocken. So können auch Lehrerinnen und Lehrer im Schulalltag entlastet werden und sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Alle Kinder und Jugendlichen brauchen dieses Angebot.

Weiterhin bedarf es einer guten Vernetzung sämtlicher privater, kommunaler und öffentlicher Kinder- und Jugendunterstützungsangebote, um auf persönliche Krisen im Kinder- und Jugendalter frühzeitig eingehen zu können. Vor allem die privaten Initiativen (zum Beispiel MädchenGesundheitsladen u. Ä.) brauchen seitens der Kommune erhöhte finanzielle Zuwendungen, um ihre erfolgreiche Arbeit fortführen zu können. Das Schulverwaltungsamt soll regelmäßige runde Tische einberufen und moderieren, um die unterschiedlichen Angebote zu vernetzen und den Schulen schnelle Unterstützungsangebote zu unterbreiten.

## **8. Individuelles Betreuen der Kleinsten statt Verwahrung in Großgruppen**

- Die Verwirklichung des gesetzlichen Anspruchs auf einen Kitaplatz muss sofort umgesetzt werden
- Frühe Bildung und Kinderbetreuung muss kostenlos sein.
- Der Beruf der Erzieherin und des Erziehers muss auch durch bessere Bezahlung aufgewertet und abgesichert werden.
- Jede KiTa braucht eine ausreichende Personaldecke.
- Die SÖS fordert ein kostenloses gesundes Essen für alle Schüler und Kinder in KiTas, ohne Stigmatisierung von Kindern aus armen Familien.
- Um eine inklusive Betreuung zu ermöglichen, muss außerdem die Barrierefreiheit gesichert sein.
- SÖS setzt sich dafür ein, Horte in den Stadtteilgebieten zu erhalten, in denen die erforderlichen Qualitätsstandards für die Einrichtung von Schülerhäusern und Ganztagschulen noch nicht erfüllt sind.
- Ein gesundes KiTa Umfeld muss gewährleistet werden.

Auch bei der Betreuung der Kleinsten klaffen die Möglichkeiten auseinander und weisen auf die sozialen Missstände in der Stadt hin. Während manche Eltern bis zu 900 Euro für einen Krippenplatz in kleinen Gruppen bezahlen, gibt es noch viel zu viele Erzieher und Erzieherinnen, die mit zu großen Gruppen arbeiten müssen.

Der Rechtsanspruch der Eltern und die ökonomische Zwangslage, dass Familien ihr Leben nach den Anforderungen des Arbeitsmarkts ausrichten müssen, bestimmen zunehmend die Diskussion. Die Fragen, was Kinder für ihre Persönlichkeitsentwicklung brauchen und welche ihre eigenen Wünsche sind, werden bei der Betreuung der Kleinsten leider oft nicht gestellt. Aus den Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie wissen wir, dass die ersten drei Lebensjahre die entscheidende Phase für die spätere Entwicklung der Kinder sind. Der Besuch einer Kinderkrippe sollte eine Bereicherung sein. Bedingung dafür ist aber, dass die Erzieherin oder der Erzieher ausreichend Möglichkeiten und vor allem Zeit hat, eine Bindung zum Kind herzustellen und ihm den Raum geben kann sich auszuprobieren. Im Vorschulalter von vier bis sechs Jahren ist die Wissbegier und Neugierde der Kinder

nahezu unerschöpflich. In diesem Alter bilden sich Fähigkeiten für das Verständnis physikalischer und anderer Phänomene heraus sowie erste soziale Kompetenz. Das alles setzt voraus, dass in den Einrichtungen eine Atmosphäre herrscht, in der die Erzieherinnen und Erzieher diese Bildungs- und Betreuungsarbeit umsetzen können. Eine gute Bildungseinrichtung, ob Kita, Schule oder Uni, erkennt man nicht zuletzt daran, wie klein die Gruppen sind und wie gut die Betreuer, Lehrer und Dozenten bezahlt werden.

## **Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlen**

Deshalb wollen wir den Beruf der Erzieherin und des Erziehers aufwerten und absichern. Laut dem Statistischen Landesamt hat Stuttgart (Stand März 2011) für Gruppen mit Kindern von 0-3 Jahren einen Personalschlüssel 1:3,8 (Erzieherinnen oder Erzieher pro Kinder) und für die älteren Kita-Kinder einen Personalschlüssel von 1:7,1. Neben der pädagogischen Arbeit muss aber auch viel Verwaltungsarbeit geleistet werden. Rechnerisch liegt Stuttgart über dem Bundesdurchschnitt. Doch beruhigt dies wenig. Denn es fehlen dafür immer noch Erzieherinnen und Erzieher. Um die Personalgewinnung zu beschleunigen, muss auch der Beruf attraktiver gestaltet werden. Daher soll für alle qualifizierten Erzieherinnen und Erzieher die Entgeltgruppe S8 eingeführt werden. Genauso müssen die Kita-Leitungstätigkeiten angemessen vergütet werden. Sie sollten gemäß der Anzahl der Gruppen in einer Einrichtung eingruppiert werden. Für frühkindliche Förderung brauchen wir pädagogische Fachkräfte. Und diese Fachkräfte müssen gesellschaftlich anerkannt werden. Es ist auch falsch, den Bonus+ (100 Euro für einen befristeten Zeitraum) im Zuge der Anwerbung von Erzieherinnen und Erziehern gegen die notwendige Anhebung der Gehälter der Erzieherinnen und Erziehern aufzurechnen. Um die Personalgewinnung zu beschleunigen, bedarf der Beruf der Erzieherin und des Erziehers einer grundlegenden Aufwertung. Wertschätzung drückt sich auch in der Bezahlung aus. Nur tariflich abgesicherte Entlohnung bietet Beschäftigten Sicherheit für ihre Familien - und generelle Zukunftsplanung.

Wir kritisieren die neue gesetzliche Vorgabe der grün - roten Landesregierung, dem Mangel an Erzieherinnen und Erziehern zu begegnen, indem die Stellen mit "berufsfremdem" Personal besetzt werden sollen, wie etwa mit Dorfhelferinnen und -helfern oder Hebammen. Diese haben keine ausreichenden (früh-)pädagogischen oder entwicklungspsychologischen Kenntnisse in ihrer Ausbildung erworben. Auch lassen sich durch eine 25-Tage-Fortbildung oder ein einjähriges betreutes Berufspraktikum nicht die Qualitätsstandards bilden, die eine vierjährige Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher schafft. Deshalb soll die Stadt Stuttgart auf die Beschäftigung dieser berufsfremden Gruppen verzichten. Stattdessen fordern wir eine deutliche Erhöhung der Ausbildungsquoten und Umschulungsmöglichkeiten zum Beruf der Erzieher\_In.

## **Ausbau der KiTas ohne Kompromisse**

Den schleppenden Ausbau der Kindergartenplätze für Kinder unter 3 Jahren im Schneckentempo akzeptieren wir nicht. Die Situation der maroden Schulen in Stuttgart auch nicht. Zur Zeit gibt es ein unwürdiges Feilschen um Personalstellen in Tageseinrichtungen. Früh- und Spätdienste sollen abgebaut werden, nicht alle Neueinstellungen sollen in Tarifgruppe S8 bezahlt werden, dabei ist der Personalmangel an Kita-Einrichtungen aufgrund der Diskrepanz zwischen hohen Lebenshaltungskosten in Stuttgart und dem vergleichsweise niedrigen Gehalt einer Erzieherin bekannt.

Den Ausbau von Ganztageeinrichtungen und Ganztagschulen hat die SÖS unterstützt. Zu einer Ganztagsbetreuung gehört ein gesundes Mittagessen. In Stuttgart wurde für Ganztagsgrundschulen zum Schuljahresbeginn eine drastische Preiserhöhung von 2,50 auf 3,25 € beschlossen, Bonuscard-BezieherInnen zahlen 1€. Die SÖS fordert ein kostenloses gesundes Essen für alle Schüler und Kinder

in KiTas, ohne Stigmatisierung von Kindern aus armen Familien. Das gemeinsame Essen ist Teil eines Bildungsangebots, das sozialer Spaltung entgegenwirkt.

Um eine inklusive Betreuung zu ermöglichen, muss außerdem die Barrierefreiheit gesichert sein. In jedem Stadtteil muss erhoben werden, ob ausreichend Kita-Plätze zur Verfügung stehen. Genauso wichtig ist, dass der Ausbau der Kitas nach optimalen räumlichen Bedingungen erfolgt. Eine Außenfläche von zehn Quadratmetern pro Kind sollte Standard sein. Für Großstadtkinder ist das besonders wichtig, leben sie doch häufig in beengten Verhältnissen oder in Häusern ohne Garten. Die Schulhausanierung hat aufgrund der jahrelangen Vernachlässigung der Pflege der Schulgebäude eine Priorität bei den anstehenden Bauarbeiten. Darüber darf aber nicht die Sanierung der Kitas vernachlässigt werden. Zudem muss darauf geachtet werden, dass Container-Lösungen nicht zum Dauerzustand werden, Neubauplanungen müssen zügig durchgeführt werden.

SÖS setzt sich dafür ein, Horte in den Stadtteilgebieten erhalten, in denen die erforderlichen Qualitätsstandards für die Einrichtung von Schülerhäusern und Ganztagschulen noch nicht erfüllt sind. Bei dem Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen mit der teilweise angewandten Übergangslösung der Schülerhäuser zeigt sich, dass nicht alle Grundschulen auf Anhieb die Voraussetzungen schaffen können, um eine qualitativ gute Ganztagschule anbieten zu können. Eine große Herausforderung für alle Beteiligten sind neben der Erarbeitung der pädagogischen Konzepte die räumlichen Probleme. Selbst bei der Übergangslösung mit einem Schülerhaus sind an manchen Schulen die räumlichen Kapazitäten begrenzt. Dennoch haben alle Schülerinnen und Schüler einer Schule das Recht auf einen Betreuungsplatz im Schülerhaus. Deshalb sollen in der Ganztagschule für alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer angemessene Räumlichkeiten vorhanden sein: für Unterricht und Betreuungs-Aktivitäten – etwa Musikräume, Technikräume, Sport- und Spielräume, Ruhe- und Rückzugsräume (auch für das Lehr- und Betreuungspersonal) sowie Büros und Besprechungsräume. Ferner besteht für jedes Kind in Ganztagsbetreuung das Recht auf ein gesundes, warmes Mittagessen. Auch das können nicht alle Schülerhäuser und Schulen sofort gewährleisten.

Frühe Bildung und Kinderbetreuung muss kostenlos sein. Es ist eine gute Leistung der Stadt, dass Kinder mit Bonuscard beitragsfrei die Kita besuchen können. Es gibt aber aufgrund vieler prekärer Lebensverhältnisse (wie niedrige Löhne, allein Erziehende) Eltern, die knapp über einem Einkommen liegen, das zu einer Bonuscard berechtigen würde. Auch Familien mit zwei oder drei Kindern fällt die Bezahlung der Kitagebühren nicht leicht. Gleichzeitig ist es aber vom bildungspolitischen Ansatz her gewünscht, dass Kinder früh Spracherziehung erhalten, was nur durch den Besuch der Kita gewährleistet ist. Deshalb gehört es auch zum bildungspolitischen Auftrag, den Besuch der Kitas ebenso kostenfrei zu ermöglichen wie den Schulbesuch.

Ein gesundes Wohnumfeld insbesondere für Kinder ist sehr wichtig. Deshalb setzen wir uns für eine Reduzierung der Lärm- und Abgasbelastung und für ein Mobilfunk-Vorsorgekonzept zur Reduzierung der Strahlenbelastung ein. Der Vernachlässigung öffentlicher Grünflächen wollen wir durch „urban gardening“ (öffentlicher Gartenbau durch die Bürger selbst) entgegenwirken und bezirksnahe Naturerfahrungsräume schaffen.

## **Mobilität für Kinder**

Wir wollen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr für alle Schülerinnen und Schüler in Stuttgart und der Region. Das verhindert Ausgrenzung von Kindern aus Familien mit wenig Einkommen, erübrigt zudem ein kompliziertes bürokratisches Verfahren und die Kinder lernen die Vorteile des ÖPNV kennen.

## 9. Energiewende und ökologische Ziele für Stuttgart

- Wir lassen uns von dem generellen Ziel leiten, den täglichen Abbau der natürlichen Reproduktionsfähigkeit von Luft, Wasser und Boden zu stoppen und womöglich umzukehren.
- 100% Kommunale Stadtwerke mit eigenem Netzbetrieb machen die Stadt unabhängig von den Konzernen und erzeugen umweltschonend Energie aus Windkraft und Solaranlagen.
- Bei der Wasserversorgung darf der nach einem Bürgerbegehren vom Gemeinderat beschlossene vollständige Rückerwerb und Betrieb in allein städtischer Hand nicht in Frage gestellt werden.
- Die Stadtwerke sind das zentrale Element der Stadt zur Umsetzung der Energiewende.
- Der Gemeinderat bezieht die Bürger in die Entscheidungsfindung mit ein.

"Wetter spielt weltweit verrückt. In Großbritannien wüten Stürme, Schneefälle legen Japan lahm, Dürre bedroht Kalifornien - und in München herrscht Rekordwärme," eine Überschrift in der Stuttgarter Zeitung am 17.02.2014. Die bedrohlichen Folgen der Klimaveränderung sind allerorten sichtbar und fast alle wissen, dass dringend gehandelt werden muss. Doch trotz dieses Wissens sind etablierte Politiker, etwa in internationalen Klimakonferenzen, nicht in der Lage, rational zu handeln und regulierende Entscheidungen zu treffen. Offenbar sind sie zu stark im Netz der Industrie-Lobbys verfangen. Folglich schreitet der Klimawandel ungebremst voran. "Don't melt our future" - mit dieser Parole gehen Jugendliche für ihre Zukunft auf die Straße.

Wir wollen unseren Kindern eine bessere Welt hinterlassen. Aber der Kapitalismus ist wie Goethes Zauberlehrling: Er hat Kräfte beschworen, die an vielen Stellen außer Kontrolle geraten sind und uns nun mit Vernichtung bedrohen. Übertreibung? Angstmache? Leider nein. Ansteigen der Treibhausgase, Klimawandel, Versiegelung der Böden, Raubbau an den natürlichen Ressourcen, Überfischung der Meere, Zerstörung der Regenwälder: Das ungebremste Wachstum zerstört unsere Lebensgrundlagen. Stuttgart ist keine Insel. Damit Stuttgart im Jahr 2100 noch bewohnbar ist, muss sich die Stadtpolitik auf diese Entwicklung, vor allem den Klimawandel, jetzt schon einstellen. Mit dem Haushalt 2014/2015 wurde das wieder einmal versäumt.

Die weltweite Umweltzerstörung geht auch von Stuttgart aus, hat unsere Stadt sogar reich gemacht. Jährlich 1 Million produzierte Mercedes und 200 000 Porsches bringen Milliardengewinne an den Neckar, verpesten aber die Luft in der ganzen Welt. Unser Wohlstand beruht auf dem Raubbau an der Natur. Die Produkte in den Einkaufstempeln, unser Öl- und Energieverbrauch, unser Fleischkonsum tragen zu Umweltkatastrophen bei. In vielen Ländern sind die ersten Folgen der Klimaerwärmung katastrophal.

Eine Stadt, die nicht die Folgen ihrer Lebens- und Produktionsweise für andere sieht, ist nicht solidarisch. Davor darf eine Gemeinderatspolitik nicht die Augen verschließen.

Eine Stadt, die selbst nicht ökologisch ist, kann nichts zur ökologischen Wende beitragen. Wir können zwar nicht die ganze Welt von Stuttgart aus verändern, aber Signale setzen. Wir predigen nicht Verzicht, sondern fordern eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen, eine Kreislaufwirtschaft, nachhaltig ausgerichtete öffentliche Verkehrsnetze, eine fußgänger- und fahrradfreundliche Stadt, Förderung einer den ökologischen Fußabdruck reduzierenden Produktions- und Lebensweise, z.B. auch durch Aufklärung über richtige Ernährung. Die technischen und materiellen Voraussetzungen, um gut und gleichzeitig ökologisch zu leben und zu produzieren, sind gegeben. Notwendig ist dazu eine fundamentale Änderung der herrschenden Produktionsweise in den Fabriken, der Landwirtschaft, bei der Energie, beim Verkehr und Städtebau.

## Verwirklichen der Klimaschutzziele für Stuttgart

Der Klimawandel schreitet ungebremst voran. Der globale CO<sub>2</sub>-Ausstoß ist 2012 auf den Rekordwert von 34,5 Mrd. Tonnen gestiegen – 4,5 Prozent mehr als 2010. Nach Angaben der Internationalen Energie-Agentur (IEA) würde dieses Szenario langfristig zu einer Erderwärmung um bis zu sechs Grad führen. Bereits bei zwei Grad globaler Erwärmung ist mit Umweltkatastrophen zu rechnen, auf die wir uns vorbereiten müssen.

Stuttgart ist bei seinen eigenen Klimaschutzzielen dramatisch gescheitert, weil die Gemeinderatsmehrheit vieles auf geduldigem Papier entwickelt, aber keine engagierten Schritte beschließt. Diese haben wir in den Haushaltsberatungen 2013 vorgeschlagen, sie wurden wieder abgelehnt. Bis 2005 wollte die Stadt ursprünglich 30 Prozent CO<sub>2</sub> einsparen. Bis 2010 schaffte sie gerade einmal 12 Prozent. Im städtischen Verkehr stiegen die Emissionen seit 1990 sogar an. An der Markungsgrenze zählt man täglich ca. 800.000 Fahrzeuge, am Kesselrand immerhin auch noch über 400.000, die dann die Luft im Talkessel vergiften.

Es ändert sich nichts, weil die Industrielobbyisten und Spekulanten im Rathaus auf offene Ohren stoßen, denn dort ist die Logik „Höher! schneller! weiter!“ immer noch mehrheitsfähig. Deshalb werden immer neue Großprojekte hochgezogen, ohne Rücksicht auf die Folgen für Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität. Es zählt nur der kurzfristige Gewinn. Wir Bürger wollen aber nicht, dass unsere Gegenwart und Zukunft von diesen Profitinteressen bestimmt wird. Einen Richtungswechsel in der Politik können selbstbewusste BürgerInnen herbeiführen.

Die folgenden zwei Punkte und die verkehrspolitischen Maßnahmen im Kapitel 10 sind unsere Vorschläge, wie in Stuttgart zeitnah in größerem Maßstab Energie eingespart und CO<sub>2</sub>-Freisetzungen vermieden werden können.

### 1. Einsparen von Energie

Mit dem neuen Klimaschutzgesetz hat der Landtag Baden-Württemberg alle Gemeinden verpflichtet, einen angemessenen Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu leisten und zu einer nachhaltigen Energieversorgung beizutragen. Strategien und Maßnahmen werden dabei im Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept gebündelt, das 2014 verabschiedet werden soll. In Stuttgart fehlt bislang ein ambitioniertes Energie- und Klimaschutzkonzept.

Unser Ziel ist es, durch sofortiges energisches Handeln den Energiebedarf in der Stadt zu reduzieren und die Stadt bis zum Jahr 2050 klimaneutral umzugestalten. Den Energiebedarf in der Stadt wollen wir durch die Erzeugung erneuerbarer Energien aus Wind und Sonne sowie der Kraft-Wärme - Kopplung aus effizienten Blockheizkraftwerken decken.

**Das ist zu tun:** Das Forschungsprojekt SEE (Stadt mit Energieeffizienz) ist bisher auf Projekte der Verwaltung beschränkt. Trotzdem wurden viele Maßnahmen aufgezeigt, mit deren Hilfe man Stuttgart nachhaltiger machen kann. Die vorhandene Kompetenz in unserer Verwaltung, den Universitäten, Forschungseinrichtungen, Betrieben und in der Bevölkerung muss aber besser genutzt werden, darum müssen die Stadtwerke das Projekt für die ganze Stadtgesellschaft öffnen. Das Programm zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude (Contracting), wird über die damit erwirtschafteten Einsparungen finanziert. Es muss aus dem städtischen Amt herausgelöst und in die Stadtwerke integriert werden damit nicht weiterhin energiewirtschaftlich sinnvolle Lösungen auf Dauer verhindert werden. Der noch vorhandene Sanierungsstau für städtische Gebäude, insbesondere der Schulen muss endlich aufgelöst werden.

Die derzeitige Sanierungs-Quote von nur 1 % des Bestands pro Jahr soll rasch mehr als verdoppelt

werden. Die Stadtwerke erstellen energiewirtschaftliche Konzepte wie im privaten Bereich, vor allem im Wohnungs-Altbestand Einsparmaßnahmen und Contracting realisiert werden können. Einkommensschwache Mieter\_innen müssen dadurch geschützt werden, dass die Kaltmiete nicht um mehr als die Reduzierung der Heizkosten steigt – die gesamten Mietkosten in der Summe also gleich bleiben.

Der Oberbürgermeister und die Stadtwerke unterstützen Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften bei der Erstellung und Umsetzung von Sanierungsplänen auf der Grundlage der "Lösungsansätze für die deutsche Wohnungswirtschaft" (DENA, 2013). Der energetische Zustand der Wohnungen wird als weiteres Kriterium in den Mietspiegel aufgenommen. Beim Neubau muss auf städtischen Grundstücken der Plus-Energie-Standard verwirklicht und im privaten Bereich zumindest der Passiv-Haus-Standard angestrebt werden. Schließlich könnten noch eine Menge von Einsparungen erzielt werden, wenn die Politik dem derzeit auf Hochtouren laufenden profitorientierten Ausbau des Stadtraums und der Stadt- und Verkehrsinfrastruktur Einhalt gebieten würde.

## 2. Kommunale Stadtwerke

Eine echte Energiewende erfordert den Wechsel zu 100 Prozent erneuerbaren Energien. Der schwarz-grün-rot beherrschte Landeskonzern EnBW hat bisher kein belastbares Konzept für das Gelingen der Energiewende vorgelegt. Obwohl die Stadt nur mit von Konzernen unabhängigen, kommunalen Stadtwerken ihre Gestaltungskraft zurückgewinnen kann, hat die Mehrheit im Gemeinderat den Stadtwerken im Netzbetrieb den Kooperationspartner Netze BW (EnBW) aufzuzwingen.

**Unsere Vorstellungen zur Energiewende:** Die Stadtwerke sind das zentrale Element der Stadt zur Umsetzung der Energiewende. Der **Netzbetrieb** muss an die Anforderungen einer Industriestadt angepasst werden. Die Stadt verfolgt dabei allein die Ziele ihrer Bürger und der örtlichen Wirtschaft. Die Netznutzungsentgelte für die Stuttgarter könnten wegen des hochverdichteten Strom- und Gasnetzes in den nächsten 20 Jahren um rund eine Milliarde Euro sinken. Strom wird umweltschonend insbesondere aus Windkraft in der Region und Solaranlagen auf Stuttgarter Dächern sowie durch effiziente Blockheizkraftwerke erzeugt. Die Stadtwerke Stuttgart werden zum Vorreiter der Contracting-Offensive in Baden-Württemberg. Erste Nahwärmenetze entstehen, soweit energiewirtschaftlich sinnvoll, insbesondere in den Sanierungsgebieten. Als verlässlicher Partner kooperieren sie bei Installation und Wartung der Blockheizkraftwerke mit Stuttgarter Handwerkern. Sie beteiligen sich am Förderprogramm für kommunalen Klimaschutz des Landes "Klimaschutz mit System". Das schafft gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze vor Ort. Zudem bleiben die Gewinne in der Stadt und können so z.B. für besseren Nahverkehr genutzt werden.

Dass CDU, SPD, GRÜNE, FDP und Freie Wähler 2002 die Energie- und Wasserversorgung der Stadt im neoliberalen Überschwang verkauft haben, war ein historischer Fehler, der trotz aller Ankündigungen der Gemeinderäte bisher nicht korrigiert wird.

Bei der Wasserversorgung darf der nach einem Bürgerbegehren vom Gemeinderat beschlossene vollständige Rückerwerb und Betrieb in allein städtischer Hand nicht in Frage gestellt werden. Obwohl sich die Verkäufer der Wasserversorgung bereits heimlich aus dem Staub machen, dürfen weder die Stadt noch die Bürger als Steuerzahler die Lasten für die Fehler der neoliberalen Politik der Vergangenheit tragen müssen.

Der Gemeinderat darf nicht länger Konzernlobbyisten folgen, sondern muss die Bürger zum Wohl der Stadt und ihrer Bürger in seine Entscheidungsfindung mit einbeziehen.

## 10. Stuttgart braucht eine Verkehrswende

Das Funktionieren einer Stadtgesellschaft basiert auch auf Verkehrssystemen: Menschen zur Arbeit und Ausbildung zu bringen, zu Freizeitstätten, zu Behörden, zur Gesundheitsversorgung, den Güterverkehr zu organisieren. Die S-Bahn, die U-Bahn, Busse und Bahnen sind das Herzstück, aber auch Fuß- und Fahrradwege. Die Stadtentwicklung muss unter anderem davon bestimmt sein, über das Bau- und Bodenrecht einen Groß- und Monostrukturen vermeidenden Raumkörper, eine Stadt der Durchmischung und der kurzen Wege zu verwirklichen. Wo ökologisch geboten, muss auch an die Mittel des Rückbaus und der Entseigelung gedacht werden. Verkehrspolitik ist wesentlich auch Klimaschutz- und Gesundheitspolitik, deshalb müssen der ÖPNV und das Fahrrad Vorrang vor dem Auto bekommen. Stuttgart 21 und der Rosensteintunnel verhindern eine zukunftsfähige, Verkehr vermeidende Entwicklung, sie sind Schritte zu noch mehr Verkehrschaos und Umweltbelastung. Immer noch hat das Auto in Stuttgart den Vorrang, mit katastrophalen Folgen: nervende Staus, die Feinstaub- und CO<sub>2</sub>-Belastung steigt weiter. Bereits heute beansprucht der Verkehr fossil getriebener Fahrzeuge einen Anteil von 22% des Endenergieverbrauchs in Stuttgart. Das Chaos, das wir jetzt schon in den Hauptverkehrszeiten erleben, wird sich noch weiter verstärken. Das kann verhindert werden, wenn man sich nicht dem Diktat von Bahn, Banken und Autokonzernen unterwirft, wie es die Gemeinderatsmehrheit macht.

Zu viele fahrende und stehende Autos belasten unsere Stadt. Durch Straßen- und Tunnelneubauten (Rosensteintunnel) wird der hohe Anteil der PKW am gesamten Mobilitätsaufkommen verfestigt. Die Verkehrsströme müssen vermindert werden! Wir müssen Stuttgart 21 verhindern. Denn es blockiert den Ausbau des Schienenverkehrs auf Jahrzehnte. S 21 bringt noch mehr Autos in die Stadt. Flächen, die Kaltluft für den Kessel schaffen und zuführen und in denen auch viele seltene Arten zuhause sind, werden zugebaut. Die Reduzierung der viel zu hohen Belastungen durch Feinstäube, Stickoxide, Lärm und CO<sub>2</sub> erfordert ein ambitioniertes Gesamtkonzept. Ein solches Konzept hat OB Kuhn nicht vorgelegt, unsere Fraktion ist die einzige, die das Konzept einer wirklichen Verkehrswende, vertritt. Eine Wende in der Verkehrspolitik, d.h. ein in Zukunft weitgehend KFZ- freies Wohnumfeld, ist für die Lebensqualität in Stuttgart von zentraler Bedeutung.

### Stoppen von Stuttgart 21 - damit das Chaos aufhört !

Geht das überhaupt noch? Juristisch ist das nicht möglich, wird uns gesagt. Können wir unsere Zukunft von Paragraphen abhängig machen? Unrecht darf nicht zu Recht werden, legalisierte Profitmacherei und Stadtzerstörung akzeptieren wir nicht! Es gäbe keine parlamentarischen Mehrheiten gegen Stuttgart 21 mehr? Die hat es noch nie gegeben, trotzdem sind Tausende auf die Straße gegangen! Parlamentarische Fesseln lassen wir uns nicht anlegen.

Wir sind gegen S 21, weil

- das Projekt mit einer Stadtzerstörung ungeheuerlichen Ausmaßes verbunden ist.
- mit dem Projekt eine gigantische Ressourcen- und Naturverschwendung ohne jeden gesellschaftlichen Nutzen betrieben wird.
- eines der bedeutendsten Bau- und Kulturdenkmäler Stuttgarts zerstört wird.
- wir keine Reduzierung des Schienenverkehrs wollen.
- wir für Güterverkehr auf der Schiene und nicht auf der Straße sind.
- im Verfahren um S 21 der Wille der Bürger missachtet und die Bürger getäuscht wurden.
- das tägliche Verkehrschaos während des Baus unerträglich sein wird.

Die Volksabstimmung hat weder Stuttgart 21 in ein vernünftiges Projekt verwandelt noch den Konflikt um Stuttgart 21 gelöst. Der Konflikt hört erst auf, wenn seine Ursache beendet wird. Winfried Kretschmann hatte Recht, als er feststellte, bevor er Ministerpräsident wurde, dass S21 „in ganz

dramatischer Weise die Verkehrspolitik, die Finanzen und die Politik insgesamt in eine falsche Richtung lenken wird“. Er hat Recht, weil S21 den Schienenverkehr zurückbaut, zu mehr Güter- und Autoverkehr auf der Straße führt und den Stadthaushalt auf Jahre hinaus blockiert. Diese falsche Richtung können wir nicht unterstützen, auch weil es immer noch machbare Alternativen gibt.

## **Zukunftsfähiges Verkehrswesen statt Bodenversiegelung, Feinstaub, Lärm und Stau**

Der öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV), der Rad- und Fußgängerverkehr müssen deutlich stärker gefördert werden. Auf allen Gemeindestraßen wird als erster Schritt eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h eingeführt. Diese Regelung macht separate Radwege entbehrlich. Der öffentliche Nahverkehr muss zügig ausgebaut und mit anderen Formen umweltschonender Mobilität wie Car-Sharing und Leihfahrrad verknüpft werden. Deshalb fordern wir eine kommunale Mobilitätskarte mit einem unkomplizierten und einheitlichen Zugang zu all diesen Verkehrsmitteln. Aus sozialen und ökologischen Gründen ist ein kostenloser Nahverkehr, finanziert durch eine Nahverkehrsabgabe der Unternehmen, notwendig. Auch die Möglichkeit einer PKW-Maut muss geprüft werden. Unter der Woche sollte es einen nächtlichen Grundtakt bei den Bussen und Bahnen der SSB geben und während der Hauptverkehrszeit kürzere Taktzeiten. Die Modernisierung des Kopfbahnhofes, also K 21, ermöglicht einen integralen Taktfahrplan nach Schweizer Vorbild und damit die Grundlage für eine deutliche Verbesserung des Regional- und Nahverkehrs.

## **Stadt der kurzen Wege**

133.000 Menschen in Stuttgart gelten bereits heute in der Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs als gefährdet. Prozesse der Konzentration von Infrastruktur gehen mit einer drohenden Verödung der städtischen Peripherie einher. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und damit einer älter werdenden und mobilitätseingeschränkten Bevölkerung, aber auch dem Ziel von lebenswerten und attraktiven Quartieren und Stadtteilen, ist das eine schlechte Entwicklung. Hier muss gegengesteuert werden, um zusätzliche Verkehre zu vermeiden und lebenswerte Quartiere auch in Zukunft zu erhalten. Wohnquartiere müssen systematisch autofrei entwickelt werden und im Sinne einer Stadt der kurzen Wege die Grundversorgung vor Ort sichergestellt sein.

### **Wir werden deshalb im Gemeinderat erneut beantragen:**

- Förderung der Nahversorgung in allen unterversorgten Gebieten, wenn eine Strecke von über 500 Metern zur nächsten Versorgungseinrichtung zurückgelegt werden muss.
- Die Verwaltung setzt die neuen Möglichkeiten aus der für 2014 vorgesehenen Novelle der Landesbauordnung in die Praxis um. Insbesondere soll die Förderung von Car-Sharing-Stellplätzen mittels Anreizen und die Option zur Umwandlung von Kfz-Stellplätzen in Fahrradstellplätze grundsätzlich zur Anwendung gebracht werden.
- Die Verwaltung betreibt zukünftig eine integrierte Verkehrsplanung bei allen städtebaulichen Vorhaben und sichert die dazu notwendigen Flächen. Ziel ist die Stärkung des Umweltverbunds, also Fahrradnutzung, Car-Sharing und attraktive, barrierefreie Wegebeziehungen für Fußgänger, in Verbindung mit einem bedarfsgerechten Zugang zum ausgebauten ÖPNV mit kürzeren Taktzeiten.
- Die Verwaltung legt eine Planung vor zur schrittweisen Umwandlung aller Anwohnerstraßen in verkehrsberuhigte Bereiche. Die Verwaltung beziffert die ggf. notwendigen Mittel und Personalstellen und stellt diese in den Haushalt ein.

## **Kostenloser öffentlicher Personennahverkehr**

Der ÖPNV ist das einzige technische System, das als öffentliches Transportsystem Rückgrat für eine umwelt-, ressourcen- und raumschonende Mobilitätspolitik der Zukunft sein kann.. Dazu gehört, dass

allen Menschen der Zugang zu Bussen und Bahnen ermöglicht wird, sowohl im Sinne sozialer Teilhabe als auch räumlicher Barrierefreiheit. Und es muss eine ausreichende Beförderungskapazität geschaffen werden, denn an vielen Verkehrsknoten oder in Tunneln ist das U-Bahn- und Bus-Netz bereits an der Kapazitätsgrenze in der Hauptverkehrszeit. Der kostenlose Nahverkehr ist unser Ziel und längerfristig auch am wirtschaftlichsten. Übrigens: In der estnischen Hauptstadt Tallinn mit 416.434 Einwohnern (01.03.2012) ist seit 2013 der Öffentliche Personennahverkehr für die Einwohner kostenfrei nutzbar. Das hat die Bevölkerung von Tallinn in einer Volksabstimmung mit einer Mehrheit von 75,5 Prozent entschieden.

#### **Wir werden deshalb im Gemeinderat erneut beantragen:**

- im Stadtgebiet soll das beschlossene Sozialticket mit einem Bezugspreis bereitgestellt werden, der dem Regelsatzanteil im Arbeitslosengeld 2 entspricht und keine Sperrzeiten beinhaltet. Hierbei sind die Planungen auf der Ebene von SSB und VVS zu berücksichtigen.
- Freie Fahrt für Stuttgarter Schülergruppen.
- Die Verwaltung erarbeitet eine Machbarkeitsstudie zum fahrscheinfreien Nahverkehr. Darin sind die vielfältigen Ausgestaltungsoptionen und Finanzierungsmodelle zu beurteilen, insbesondere eine Nahverkehrsabgabe, die City-Maut und Modelle zur Mitfinanzierung durch die Wirtschaft.
- In Zusammenarbeit mit der SSB soll allen Neubürgern und Wohnortwechslern im Stadtgebiet für einen Monat ein kostenloses 2-Zonen - Ticket für alle Linien der SSB bereitgestellt werden.
- Die Verwaltung legt dem Gemeinderat eine Liste mit realisierbaren Maßnahmen zum Ausbau des U-Bahn-Netzes bis zum letztmaligen Abrechnungsjahr 2019 vor, also Maßnahmen, die noch über das auslaufende GVFG zuschussfähig sind.
- Die Verwaltung schafft die Voraussetzungen zum Ausbau der Buskaps und den Ampelvorrang für Busse im Stadtgebiet.

### **Entschleunigte Stadt**

Stuttgart ist die Stadt der Raser. Zwischen 2008 und 2011 hat die Zahl der Verkehrssünder um das 2,5-fache zugenommen. Noch immer ist das Stadtgebiet eine attraktive Transitzone über die ohnehin hohe Zahl von Ein- und Auspendlern hinaus, worunter besonders die Anwohner leiden. Eine flächendeckende Tempo-Reduzierung würde hier Abhilfe schaffen, den Verkehrsraum und angrenzende Wohngebiete entlärmen, sicherer und die Luft sauberer machen. Eine geringere Geschwindigkeit steigert außerdem die Bereitschaft auf den ÖPNV und das Fahrrad umzusteigen. Zudem sorgt eine weitgehende Vereinheitlichung der Geschwindigkeit für mehr Klarheit bei allen Verkehrsteilnehmern und erleichtert die perspektivische Auflösung der getrennten Verkehrsflächen. Die Voraussetzungen bietet die StVO-Änderung aus dem Jahr 2001. Das EU-Parlament empfiehlt in seinem 2011 verabschiedeten Bericht zur Straßenverkehrssicherheit ausdrücklich Tempo 30 km/h als Regelgeschwindigkeit.

#### **Wir werden daher im Gemeinderat erneut beantragen:**

- Alle Vorrangstraßen werden auf die rechtlichen Möglichkeiten zur Tempo - Reduzierung geprüft.
- Die Verwaltung weist zum 01.01.2015 auf allen Straßen Tempo 30 aus, auf denen der Gesetzgeber nicht zwingend eine höhere Geschwindigkeit vorgeschrieben hat und die bislang mit höherer Geschwindigkeit befahren werden konnten. Die Maßnahme soll durch eine städtische Aufklärungskampagne flankiert werden. Dabei sind die Erfahrungen aus München, das auf 80 % des Straßennetzes Tempo 30 vorgeschrieben hat, heranzuziehen.
- Planungsmittel für die Ausdehnung des Parkraummanagements in die Außenbezirke Planungsmittel zur Umwandlung der Schillerstraße zur Shared-Space-Zone (Gleichberechtigungs-Zone)
- Die Stadt führt an zwei Sonntagen im Jahr einen autofreien Sonntag ein.

## Radwegenetz ausbauen

Stuttgart will den Radverkehrsanteil auf 20% erhöhen. Dazu sind **durchgehende** Radwege auf den Hauptverkehrsstraßen unverzichtbar. Der erste soll im Frühjahr 2014 eröffnet werden. Pläne für weitere liegen in den Schubladen. Damit Stuttgart fahrradfreundlicher wird, müssen diese Pläne finanziert und schnellstmöglich umgesetzt werden.

Parallel dazu muss die Radinfrastruktur ausgebaut werden, beispielsweise durch ein Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof. Alle Einbahnstraßen sind für den Fahrradverkehr in Gegenrichtung zu öffnen. Ein Zuparken von Fahrradanlagen ist durch flächendeckende Kontrollen zu unterbinden. Die Fahrradmitnahme im ÖPNV ist auszubauen, beispielsweise durch die Fahrradmitnahme in Bussen auf Bergstrecken, soweit Platz vorhanden ist. Radwege müssen für Alltagsradler, sowie für Radtouristen (z. B. Neckarradweg) ausgeschildert werden. Für Baustellen müssen sinnvolle Umleitungen eingerichtet werden, „Fahrradfahrer bitte absteigen“ darf es nicht mehr geben.

### Wir werden daher im Gemeinderat erneut beantragen:

- Beschleunigter Ausbau des Radwegenetzes
- Ausbau von Fahrradparkhäusern an den Bahnhöfen, insbesondere am Hauptbahnhof
- Öffnung aller Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung
- Fahrradmitnahme in Bussen
- Ausschilderung von Radwegen

## 11. Wiederbeleben der Gäubahn

In Stuttgart leidet der öffentliche Nahverkehr an Engstellen, sowohl im S-Bahn als auch im Stadtbahn System. Fast täglich gibt es Zugausfälle und Verspätungen insbesondere im S-Bahn System. Die Züge sind bereits so dicht wie fast möglich getaktet und in den Hauptverkehrszeiten überfüllt. Neue unterirdische Trassen sind sehr teuer und mangels Platz im Talkessel nicht realisierbar. Ein Zuwachs an Fahrgästen ist daher sehr begrenzt verkraftbar, aber natürlich erwünscht.

Seit 1879 ist die Gäubahn von Stuttgart bis Singen befahrbar. Sie führt vom Hauptbahnhof über eine Schleife durch Stuttgart Nord und durch die oberen Teile des Stuttgarter Westens über die Höhen von Heslach durch den Dachswald nach Vaihingen, wo sie das Stadtgebiet verlässt. Dieses erste Teilstück wird Panoramastrecke genannt. Früher wurden die Haltestellen Westbahnhof, Heslach und Wildpark bedient. Seit 1985 hält der Regionalexpress (RE) auf Stuttgarter Gemarkung nur noch am Hauptbahnhof.

Unser Vorschlag zur Bereicherung des Stuttgarter Nahverkehrs ist, die Gäubahntrasse innerhalb von Stuttgart zu nutzen und 11 zusätzliche Haltestellen einzurichten. Vom Hauptbahnhof nach Vaihingen entstehen dadurch für mehr als 32.000 Anwohner neue Möglichkeiten zur Nutzung des ÖPNV.

Die Stadt Stuttgart hat die Gäubahntrasse zwischen Nordbahnhof und Österfeld mit einer Fläche von 38 ha im Jahr 2001 für 14 Mio. Euro der Bahn abgekauft. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs kann durch die Benutzung der Gäubahntrasse innerhalb weniger Jahre schrittweise erfolgen. Aufgrund der Nähe zu den Wohngebieten muss auf leise Fahrzeuge geachtet werden.

Die Fahrtzeit von Hauptbahnhof nach Vaihingen ist bei der Panoramabahn zwar 5 Minuten länger – eine pünktliche S-Bahn benötigt 14 Minuten. Dafür ergeben sich für Pendler aber neue Umsteigemöglichkeiten, die sich positiv auf deren Gesamtreisezeit auswirken können – von der schöneren aussichtsreichen oberirdischen Fahrt ganz abgesehen.

Auf der Gäubahntrasse fahren derzeit nicht viele Züge. Es gibt also ausreichend große Zeitfenster für langsame Züge dazwischen. Der Regionalexpress zwischen Freudenstadt bzw. Singen und Stuttgart Hauptbahnhof fährt einmal die Stunde, der Intercity zwischen Zürich und Stuttgart bald auch stündlich. Ein 30- oder sogar ein 20-Minuten Takt ist somit möglich.

Die Wiederbelebung des Haltepunkts Wildpark erhöht die Attraktivität der dicht bebauten städtischen Wohnbezirke und ermöglicht es Stadtbewohnern, die herrlichen Wälder Stuttgarts ohne Autofahrt zu erreichen. Die Möglichkeit der Fahrradmitnahme erschließt weiteres Potential. SÖS unterstützt die Forderung des Bündnis Filderbahnhof Vaihingen, in Vaihingen einen Regionalbahnhalt einzurichten. Weitere Information finden Sie bei **[www.panoramabahn-stuttgart](http://www.panoramabahn-stuttgart)**

## 12. Gesund bleiben - gesund werden

Gesundheit ist ein hohes Gut. Gesundheit ist „ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Fehlen von Krankheit und Gebrechen,“ schreibt die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Jede Gesundheitsversorgung muss dies als Richtschnur nehmen. Doch unsere Gesundheitspolitik ist nicht an der Schaffung gesundheitsfördernder Lebensbedingungen orientiert, sondern am passiven Kuriertwerden durch den Einsatz von Medikamenten und Apparaten. Krankheit ist ein gutes Geschäft. Die Gesundheitspolitik fördert zu wenig aktives Verhalten der Menschen, ausreichende Bewegung, den Schulsport, Sporteinrichtungen, Naturerlebnisse, Erziehung zu gesunder Ernährung usw..

Im Gemeinderat werden wir weiter dazu beitragen, die Umwelt so zu gestalten, dass sie nicht krank macht, sondern die Gesundheit fördert und die Lebensqualität steigert. Wir fordern Bebauungspläne, die Frischluftschneisen erhalten, Reduzierung des Feinstaubs, gutes Trinkwasser, biologisches Schulesen, Angebot an Schulsport und Förderung der Sportvereine, Ausbau von Radwegen, Ausbau der Sucht- und Drogenprävention, Förderung von Selbsthilfegruppen, Erhaltung der Parks und Bäume, Treffpunkte und kulturelle Angebote für Aktivitäten und gegen die Vereinsamung, Reduzierung des Lärms und der Strahlenbelastung durch den Mobilfunk. Stuttgart muss sich auf die Vergangenheit von Bad Cannstatt als internationalem Badekurort zurückbesinnen. Das Mineralwasser ist eine Quelle der Gesundheit. Seine Nutzung zum Trinken als auch zum Baden muss mehr beworben werden. Die einst beliebte Stuttgarter Kur muss wieder von den Krankenkassen angeboten werden.

Neben solchen Vorsorgemaßnahmen müssen Krankenhäuser, Pflegeheime, ambulante Pflegedienste und Psychiatrien in der Lage sein, den kranken und hilfe- und pflegebedürftigen Menschen zum bestmöglichen Gesundheitszustand und zur bestmöglichen Lebensqualität zu verhelfen. Im Interesse einer guten und schnellen Behandlung fordern wir eine wohnortnahe, dezentrale Krankenversorgung in den Stadtteilen. Spezialbehandlungen können zentral in den großen Kliniken stattfinden. Dies ist im Interesse sowohl der Patienten als auch der Angehörigen. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft ist es für viele Menschen schwierig, in der Anonymität von großen „Gesundheitsfabriken“ zurecht zu kommen und gesund zu werden.

Seit 2004 in den Krankenhäusern das Fallpauschalensystem eingeführt wurde, ist es für Ärzte und das Pflegepersonal immer schwieriger geworden, den Gesundheitsbedürfnissen der Patient\_innen gerecht zu werden. Die Rahmen- und Arbeitsbedingungen sind für das Personal zu einer unzumutbaren Belastung geworden. Deshalb lehnen wir das Fallpauschalensystem ab. Krankenhäuser müssen bedarfsgerecht und somit kostendeckend finanziert werden. Bis 2015 soll auch das "Pauschalierende Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik" (PEPP) eingeführt werden, das einem Fallpauschalensystem für die Psychiatrien entspricht. Diese Einführung ist strikt abzulehnen, da die gleichen Fehlentwicklungen wie an den Kliniken absehbar sind.

## **Stärken des Gesundheitssystems für die Patientinnen und Patienten**

Die Beträge aus den Fallpauschalen entsprechen in den wenigsten Fällen dem realen Bedarf. Als Folge daraus ist an den Krankenhäusern eine deutliche Über-, Unter- und Fehlversorgung zu beobachten. So haben Behandlungen, die besonders gut vergütet sind (wie z.B. Herzoperationen), deutlich zugenommen, ohne dass ein entsprechend verstärkter Bedarf nachweisbar ist. Andere Behandlungen werden im Vergleich zum Zeit- und Kostenaufwand zu gering vergütet. Zum Leidwesen von Patient\_innen wird versucht, sie einzusparen - oder das Personal gerät in grenzwertige Belastungssituationen. In Stuttgart ist das Olgahospital von dramatischer Unterfinanzierung betroffen. Behandlungen und Pflege von Kindern brauchen Kapazitäten, die im Fallpauschalensystem deutlich zu niedrig angesetzt sind.

## **Gute Arbeitsbedingungen für die Menschen, die in Kliniken arbeiten**

Wenn Krankenhäusern zu wenig Ressourcen zur Verfügung stehen, reagiert das Management mit dem Versuch, durch Personaleinsparungen kurzfristig Ausgaben zu senken. Weil die Bundesländer ihrer Pflicht zur Investitionsfinanzierung nicht nachkommen, werden Investitionskosten durch Leistungsverdichtung und Einsparungen beim Personal ausgeglichen. Auch am Stuttgarter Klinikum.

Allein am Klinikum Stuttgart fehlen nach Ermittlungen des Personalrats etwa 350 Pflegekräfte. Die daraus resultierende dauerhafte Arbeits(über)belastung können die Beschäftigten immer weniger bewältigen. Die Fluktuationsraten entwickeln sich dementsprechend kritisch. Das ist für die Patient\_innen bedrohlich.

Auch in der Krankenhaus-Reinigung sind die Beschäftigten überbelastet und es ist schwer, für die zu niedrig bezahlte Arbeit Bewerber:innen zu finden. Krankenhäuser haben jedoch strenge Hygienevorschriften, die bei der derzeitigen Unterbesetzung nicht oder nur mit größten Schwierigkeiten gewährleistet werden können. Um diese Stellen attraktiver zu gestalten, muss hier vor allem die Entgeltgruppe 1 (EG 1) abgeschafft werden.

Auszubildende sind die Zukunft jeder Klinik. In einer Stadt mit so hohen Mieten wie in Stuttgart braucht es für diese jungen Menschen guten und erschwinglichen Wohnraum möglichst in eigenen Personalwohngebäuden. Um auch künftig die Ausbildungsplätze in der Pflege besetzen und die gut ausgebildeten Pflegekräfte dann auch halten zu können ist es vor allem aber wichtig, für eine sehr gute Ausbildungsqualität zu sorgen, Arbeits- und Rahmenbedingungen für das Pflegepersonal zu verbessern, berufliche Perspektiven darzustellen und somit die Attraktivität des Pflegeberufs zu steigern.

Der Notstand an den Kliniken ist immer mehr zu einem heftig diskutierten Thema geworden, auch auf Bundesebene. Unter anderem wird dabei die Forderung nach einer gesetzlichen Personalbemessung gestellt. Der Verbesserungsbedarf an den Kliniken ist aber so drängend, dass nicht auf Entscheidungen durch die Bundespolitik gewartet werden kann. Solange Bundes- und Landespolitik dies nicht leisten, muss auf kommunaler Ebene gehandelt werden, um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen.

### **Wir fordern neben der Aufstockung und besseren Bezahlung des Pflegepersonals:**

- Höhergruppierung der Reinigungskräfte an den Kliniken.
- Sicherung der Leistungsfähigkeit am Olgahospital.
- Erhalt und Ausbau von Wohnmöglichkeiten in Personalwohngebäuden für Klinikbeschäftigte.
- Erhaltung der Personalverordnung Psychiatrie.

## 13. Fördern und integrieren Älterer

Gerade Menschen in der dritten Lebenshälfte verfügen über ein unschätzbare Kapital: Zeit! Und Lust, diese sinnvoll zu nutzen. Um Neues zu lernen, Erfahrungen und Wissen weiterzugeben, sich in Verbänden, im Ehrenämtern und Initiativen zu engagieren – zum Wohl für Jung und Alt. Hier gilt es in einer Kommune Strukturen zu entwickeln, die "Türen" für das Engagement auch der älteren Generation weit zu öffnen.

In unseren Demokratielaboren wurde das Thema "alte Menschen" als wichtige Aufgabe benannt und es muss in die Arbeit der neuen Fraktion einfließen. Nicht isoliert darf es behandelt werden, sondern wie "Jung und Alt" in Stuttgart zusammenleben. Voraussetzung für eine erfolgreiche Mehrgenerationen-Politik sind ausreichende Kenntnisse über die Bedürfnisse und die Lebenssituation der einzelnen Generationen. Die Einbeziehung der betroffenen Personen und Fachleute ist eine wichtige Erkenntnismöglichkeit, damit sie als Experten in eigener Sache auftreten können.

### **Für ein erfolgreiches und intensives Zusammenleben von Jung und Alt sind u.a. wichtig:**

- Erprobung und Etablierung zukunftsorientierter, alternativer Wohnkonzepte und Mehrgenerationenhäuser
- Unterstützung und fachliche Begleitung von Initiativen, Wohnbau-Vereinen, offenen Zukunfts- und Planungswerkstätten
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements Älterer, Öffnung von Einrichtungen und Institutionen für das Engagement Älterer
- attraktive Treffpunkte und Angebote für Jung und Alt, generationenübergreifende Freizeit- und Kulturangebote

### **Altersgerechte Stadt**

Im Alter kommen Handicaps, auf die sich die Stadtplanung und -politik einstellen muss. Mängel werden uns immer wieder berichtet. Hier einige wichtige Punkte, bei denen Handlungsbedarf besteht:

#### **Im öffentlichen Bereich sind notwendig:**

- An Straßenübergänge nicht nur an Ampeln gehören abgesenkte Bordsteine.
- Übergänge sollten markierte Bordsteine haben, da im Alter der Übergang von Bordstein zu Straße vom Auge schlecht oder nicht mehr erfasst werden kann.
- Öffentliche Toiletten müssen barrierefrei und sauber sein und auch Platz für Begleitpersonen bieten.
- Fahrkartenautomaten müssen einfach zu bedienen und besser lesbar sein.
- Es sollte einen organisierten Begleit- oder Abholdienst geben, denn viele alte Menschen sind in der Dunkelheit unsicher oder haben Angst, überfallen zu werden, wodurch sie dann öfter darauf verzichten an kulturellen oder anderen Veranstaltungen, die in der Regel abends stattfinden, teilzunehmen.
- Barrierefreiheit zwischen S- bzw. Straßenbahnen und Bahnsteigen. Es ist oft eine große Lücke zwischen Bahn und Bahnsteig, wodurch das Ein- und Aussteigen mit Rollstühlen und Rollatoren erschwert ist.
- Parkplätze sind durch die neuen großen Autos zu eng, was alten Menschen auch ohne Behindertenausweis, die auf das Auto angewiesen sind, enorme Schwierigkeiten beim Ein- und Aussteigen bereitet.
- Stadtteilnahe Versorgungsmöglichkeit. Einkaufsmöglichkeiten oder Briefkästen in der Nähe.

### **In Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern ist notwendig:**

- Sensibilisierung für einen würdevollen Umgang mit allen Menschen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.
- Mehr Zeit und Personal in Alters- und Pflegeheimen, dafür weniger Beruhigungsmittel. Scharfe Kontrollen gegen die ausufernde Verabreichung von ruhigstellenden Psychopharmaka .
- Ausbau der gerontopsychiatrischen Dienste in Krankenhäusern und der Psychiatrie für Menschen ohne Angehörige oder „überforderte“ Angehörige mit ausreichendem Fach-Personal. Mehr Ärzte der Gerontopsychiatrie.
- Mehr Hausgemeinschaftsmodelle, bei denen alte und gebrechliche Menschen in ihren Möglichkeiten so leben können, wie sie es gewohnt sind.
- Bessere Information über Rechte, Angebote und Möglichkeiten, die alten Menschen, bzw. den Angehörigen zustehen. Denn es ist nicht leicht, sich durch den Dschungel der Bürokratie zu kämpfen, um an Informationen und Rechte zu kommen.
- Nicht nur über Internet müssen die städtischen Beschwerdestellen bekannt gemacht werden, die im Fall von Unzufriedenheit beraten oder helfen.
- Auch Migranten werden alt, darauf muss sich die Stadt besser einstellen.

## **14. Bedachtes Planen der Netzversorgung und Schutz der Daten**

Der Mobilfunk und das Internet haben sich rasant durchgesetzt und die Kommunikation in der Gesellschaft revolutioniert. Immer und überall vernetzt sein, diese Anforderung besteht.

Immer größere Datenpakete werden auch mobil per Funk über Smartphones und Tablet-PCs übertragen. Für die kommenden Jahre werden weiter enorme Zuwachsraten vorhergesagt. Es ist den Stuttgarter Mobilfunk-Bürgerinitiativen zu verdanken, dass im Gemeinderat dazu ein Problembewusstsein entstanden ist. Vier wichtige Aspekte ergeben sich für eine verantwortungsvolle Politik:

- Die Überlastung der Netze führt zu einem unregelmäßigen Ausbau der Sendeanlagen.
- Mit dem Ausbau und der zunehmenden Nutzung wächst die Strahlenbelastung der Bevölkerung. Es gibt so gut wie keine Schutzregelungen.
- Der Datenschutz ist in keinster Weise gesetzlich geregelt und gesichert. Seit den Enthüllungen von Edward Snowden ist bekannt, dass unsere Kommunikation ständig überwacht und protokolliert wird.
- Wie lernen unsere Kinder und Jugendlichen, mit dieser Technik und der Datenflut umzugehen, und sich auch vor der Strahlenbelastung zu schützen?

Angesichts des rasanten Ausbaus der Mobilfunknetze stellt sich die Frage nach möglichen Gesundheitsgefährdungen durch Mikrowellenstrahlung des Mobilfunks immer stärker. Gutachten belegen, dass Mobilfunk nicht so harmlos ist, wie er von Betreibern und Lobbyisten dargestellt wird. Langzeitwirkungen und Auswirkungen auf Schwangere, Föten und Kinder sind noch nicht ausreichend erforscht. Die Weltgesundheitsorganisation stuft die Mobilfunkstrahlung als „möglicherweise krebserregend“ ein. Die Schweizer Rückversicherung Swiss Re hat diese Strahlung 2013 in die höchste Risikokategorie eingestuft. Europarat, Europäische Umweltagentur und Experten auf der Anhörung im Umweltausschuss des Bundestages (27.2.2013) warnen vor Risiken und mahnen eine Aufklärungs- und Vorsorgepolitik an: Strahlungsbelastungen sollen minimiert werden, solange gesundheitsgefährdende Folgen nicht definitiv ausgeschlossen werden können.

## **Eindämmen des Wildwuchses von Sendeanlagen durch ein Mobilfunkvorsorgekonzept**

Die Mobilfunkpolitik und Minimierung der Strahlenbelastung in der Gemeinde ist Teil der Gesundheitsvorsorge. Die steigende Outdoor - Versorgung ( Sendemasten, WLAN-HotSpots ) führt zu einer immer höheren Strahlenbelastung in den Wohnungen, v.a. den oberen Stockwerken. Ein Gutachten, das im Auftrag der evangelischen Gesamtkirchengemeinde im Stuttgarter Westen erstellt wurde, zeigt extrem hohe und unnötige Belastungen. Dazu trägt der weitgehend unkontrollierte Wildwuchs an Sendeanlagen (GSM, UMTS, LTE, TETRA) bei. Die vier großen Mobilfunkanbieter betreiben 14 Netze nebeneinander, entsprechend überdimensioniert ist die Zahl der Sendeanlagen. Die Auswirkungen dieses Frequenzmixes auf die Gesundheit ist nicht ansatzweise erforscht. Der derzeit erfolgende Aufbau des LTE-Netzes, der zu einer Verdoppelung der Strahlenbelastung führt, verläuft unkoordiniert und ohne Steuerung der Stadtverwaltung. Ihr steht aber über das Baurecht eine Steuerung zu. Ein erster Schritt wäre, die Strahlenexposition durch eine koordinierte Standortplanung zu minimieren und besonders "schlimme" Standorte zu entschärfen. Als Grundlage hierfür kann ein Mobilfunkvorsorgekonzept dienen, wie es bereits von mehreren Bezirksbeiratsgremien gefordert, vom einer Gemeinderatsmehrheit aber immer abgelehnt wurde. Dazu schlagen wir erneut folgende Schritte vor:

- Die Stadt erstellt auf Grundlage der bestehenden Senderstandorte ein Strahlenkataster über die von Mobilfunksendeanlagen ausgehende Strahlenbelastung im Gemeindegebiet.
- Die Stadtverwaltung wird vom Gemeinderat beauftragt, ein Mobilfunkvorsorgekonzept zur Eindämmung der unkontrolliert zunehmenden Strahlenbelastung zu erstellen.
- Die Stadtverwaltung unterstützt ein Projekt, um modellhaft in einem geeigneten Bezirk die Strahlenbelastung aus der Mobilfunkversorgung durch Vergleichmäßigung mit der Anwendung neuer Techniken zu minimieren.

## **Gesundheitsvorsorge durch Aufklärung und elektrosmogfreie Arbeitsplätze in kommunalen Einrichtungen**

In vielen kommunalen Einrichtungen sind die Arbeitsplätze mit Geräten wie z.B. DECT- Schurlostelefonen und WLAN - Verbindungen ausgestattet, die ständig Elektrosmog emittieren. Die Beschäftigten und Nutzer sind meist nicht über deren Risiken informiert. Es gibt inzwischen deutliche Hinweise, dass Kopfschmerzen, Konzentrationsprobleme oder auch Erschöpfungszustände mit der wachsenden Strahlenbelastung zusammenhängen können. In Betriebsteilen der Allianz-Versicherung wurden Arbeitsplätze elektrosmogfrei gemacht, was dazu beitrug, dass der Krankenstand erheblich gesunken ist ( Bericht "Weniger Elektrosmog für 750 Mitarbeiter. Vorangehen, neue Wege gehen", Zeitschrift "Wohnung + Gesundheit" , Nr. 148/2013). Allein durch den geringeren Krankenstand hat sich diese Aktion ausgezahlt. Die Strahlenminimierung kann vielfach sofort erfolgen, indem Kabelverbindungen gegenüber WLAN Vorrang bekommen und z.B. alte, dauerstrahlende DECT-Schnurlostelefone durch die neueste strahlungsarme Generation ausgetauscht werden. Gerade in Kindergärten und Erziehungseinrichtungen sollten solche Umstellungen umgehend eingeleitet werden. Um solchen Maßnahmen Akzeptanz und Nachhaltigkeit zu verleihen, müssen die Beschäftigten von der Gemeinde und in den Erziehungseinrichtungen über die Risiken, die Alternativen und den verantwortungsvollen Umgang mit den Kommunikationstechnologien informiert werden.

Jetzt schon zeichnet sich ein neues pädagogisches Großproblem ab. Neurobiologen und Erziehungswissenschaftler warnen vor der unkritischen Einführung von SmartPhones und Tablet PCs in Erziehungseinrichtungen. Drastisch warnt Manfred Spitzer vor der "Digitalen Demenz", eine Erziehung zur Medienmündigkeit wird gefordert. Happy Slapping, Cyber Mobbing, Handy- und Computersucht, Vereinsamung - darauf werden von den Schulbehörden unzureichende Antworten gegeben.

## **Datensicherheit muss Vorrang bekommen**

In der Stuttgarter Innenstadt sollen überall WLAN-Hotspots aufgebaut werden, obwohl es dort keine Funklöcher gibt. WLAN in der Innenstadt ist eine Maßnahme, um von den Konsumenten alle Verhaltensdaten abgreifen zu können. Im Auftrag von Kaufhausketten und lokalen Händlern werden von Privatfirmen über WLAN die Bewegungsdaten und das personalisierte Kaufverhalten der Bürger ausspioniert. Die Kombination der personalisierten Daten aus Google, Facebook, Twitter, Schufa-, Bank- und Gesundheitsdaten, Kassenauswertungen der Einkaufsketten und der Vernetzung der Autos über LTE und WLAN ergibt den gläsernen Konsumenten, ein exaktes Profil unter Aufhebung jeglicher Privatsphäre. Der digitale Abdruck des Nutzers wird zur Handelsware, die sich jeder kaufen kann. Der Bürger wird dadurch der anonymen Manipulation durch Werbung, der Überwachung durch Behörden, Personalabteilungen, Geheimdiensten bis hin zu kriminellen Geschäftemachern im Internet ausgeliefert. Diese Entwicklung wurde uns allen erst dank Edward Snowden bewusst und muss auch im Gemeinderat thematisiert werden. Die Auswertung von WLAN-Daten durch Privatfirmen in der Stuttgarter Innenstadt muss verboten werden.

## **Fördern gesundheitsverträglicher Alternativen der mobilen Kommunikation**

Strahlen-Schutzbestimmungen für WLAN gibt es nicht, die WLAN-HotSpots tragen zur einer wachsenden Strahlenbelastung bei. Inzwischen gibt es technische Alternativen zu WLAN, die schneller und nach dem Stand des Wissens nicht gesundheitsschädlich sind. Am Heinrich-Hertz-Institut in Berlin (Fraunhofer Gesellschaft) wurde die Datenübertragung Visible Light Communication (VLC, Li-Fi) über LED-Licht entwickelt, die abhörsicherer und schneller als WLAN ist und keinen Elektrosmog emittiert. Das Heinrich-Hertz-Institut ist für Pilot-Projekte zur Demonstration und Anwendung dieser zukunftsweisenden Technologie bereit. Die Stadt Stuttgart sollte ein Vorreiter der Anwendung dieser Technologie werden.

## **15. Eine Stadtparkasse für Stuttgart gründen**

- Das Bankensystem muss auf seine eigentliche Aufgabe zurückgeführt werden: Die Versorgung der lokalen Wirtschaft und der Bevölkerung mit Krediten und Bankdienstleistungen. Eine Sparkasse ist gut für Stuttgart, weil sie dieses Kerngeschäft gewährleistet. Spekulation schadet den Volkswirtschaften und damit der Bevölkerung und hat nur den Zweck, dass wenige Menschen ohne Leistung ihren Reichtum vermehren können.
- Eine kommunale Bank kann Investitionen in soziale und ökologische Projekte lenken: Wohnbaugesellschaften können mit ihrer Hilfe Wohnungen errichten, lokale Unternehmen einen Kredit für eine Betriebserweiterung erhalten oder Hausbesitzer eine energetische Sanierung vorfinanziert bekommen. Wir brauchen eine ethisch verantwortlich wirtschaftende Bank, die lokale Wirtschaftskreisläufe stärkt, anstatt global zu spekulieren.
- Gewinne verbleiben im Unternehmen oder fließen in den Stadthaushalt. Damit können Schulen oder Bäder saniert und soziale Daseinsvorsorge finanziert werden.
- Menschen, die kein Girokonto bekommen, werden wirtschaftlich entmündigt. Eine Stadtparkasse hat den Auftrag, ein Girokonto für alle Menschen bereitzustellen, die es brauchen.
- Eine Stadtparkasse kann zinslose Bildungskredite vergeben, z.B. an Studentinnen und Studenten oder an Menschen, die sich fortbilden wollen. Dadurch kann auch eine bessere Integration von Arbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt erfolgen.

Der Stuttgarter Gemeinderat hat am 22. November 2012 gegen die Stimmen von SÖS und LINKE beschlossen, der Landesbank Baden-Württemberg 70 Millionen Euro an Zinsnachzahlungen zu erlassen. 611,6 Millionen Euro an sogenannten stillen Einlagen wurden in unkündbares Kernkapital umgewandelt. Dieses Geld wurde der Stadt Stuttgart dauerhaft entzogen. Mit den 1,875 Milliarden Euro an Kernkapital, 130 Mio. Euro an Zinsschulden und einem ca. 95 Mio. Euro schweren Sonderbonus für die Kapitalaufstockung stecken momentan 2,145 Mrd. Euro an städtischen Geldern in der LBBW. Stuttgart braucht dieses Geld: für Schulen, für Kitas, für sozialen Wohnungsbau, für die Stärkung der regionalen Wirtschaft.

Alle Parteien hatten zuvor im OB-Wahlkampf versichert: Nie mehr dürfen, wie bei Stuttgart 21, die Bürger\_innen bei fundamentalen Entscheidungen übergangen werden! Die Millionen für die LBBW und der Zinsverzicht waren eine solche weitreichende Entscheidung.

## Die Krise der Landesbanken

Im Sommer 2007 platzte die US-Immobilienblase. Eine ökonomische und politische Kettenreaktion war die Folge. Innerhalb weniger Monate kollabierten reihenweise Hedgefonds, Versicherungskonzerne und Finanzdienstleister. Von der Krise waren auch die Landesbanken betroffen. Ihre Geschäftspraxis hatten sie in den Jahren zuvor systematisch auf die Profit-Logik der Privatbanken ausgerichtet. Als „Global Player“ wurden sie von den Landesregierungen aufgestellt, um möglichst große Gewinne aus riskanten Geschäften zu erwirtschaften. Viele Landesregierungen gefielen sich in der Rolle, scheinbar am großen Rad der Wirtschaft zu drehen. Die Kontrollarbeit in den Aufsichtsgremien der Banken wurde vernachlässigt. Nach ethischen und moralischen Maßstäben dieser Geschäftspolitik fragte zu der Zeit kaum jemand.

## Die LBBW entzieht sich der Kontrolle

Stuttgart ist mit 18,9 Prozent als Eigentümer an der LBBW beteiligt. Doch spürbaren Einfluss auf die Bank hat die Stadt dadurch keineswegs. Dazu zwei Beispiele:

- Jüngst wurden die 21.000 LBBW-Wohnungen unter Mitwirkung der grün-roten Landesregierung an den Investor Patrizia veräußert, obwohl Stuttgart sich mit einigen kommunalen Partnern ebenfalls um die Wohnungen beworben hatte und eine sozial verträgliche Bewirtschaftung hätte sicherstellen können. Nun müssen die betroffenen Menschen durch steigende Mieten bluten und ständig befürchten, dass ihre Wohnung an den meistbietenden renditehungrigen Investor weiterverkauft wird.
- Und noch ein Beispiel zeigt, wie diese Bank „tickt“: Nach der Finanzmarktkrise hat der neue LBBW-Chef Vetter ein mehrere hundert Millionen Euro schweres Geschäftsfeld erschlossen: die Spekulation auf Nahrungsmittel. Erst nach scharfem Protest aus der Bevölkerung und unserer Fraktion an dieser menschenverachtenden Geschäftstätigkeit wurde erklärt, dass man diese Praxis einstellen wolle.

## Die Vorteile einer kommunalen Sparkasse

Während die Landesbanken massive Schäden durch die Finanzkrise davontrugen, gingen die meisten Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit stabilen Geschäftszahlen durch diese schwierige Zeit. Der Unterschied liegt in der Geschäftspolitik. Während sich die Landesbanken auf maximale Renditen, Boni-Zahlungen und internationale Expansion hin orientieren, versorgen die Sparkassen die ortsansässige Bevölkerung, die lokale Wirtschaft und die Kommunen mit Krediten und sichern das Kundengeschäft durch ein enges Filialnetz.

Kreditersatzgeschäfte, Cross-Border-Leasing oder Spekulation auf Währungskurse, Nahrungsmittel oder Rüstungsgüter sind diesen Instituten weitgehend fremd, da sie ihre Geschäftstätigkeit nach der kommunalen Daseinsvorsorge ausrichten. Sparkassen gehören den Kreisen oder Gemeinden, das heißt,

die Gewinne aus dem Bankgeschäft verbleiben in den Kommunen, anstatt an Investoren und Anteilseigner abzufließen. Sparkassen sind wichtige Instrumente, um beispielsweise Investitionen in energetische Sanierung, Wohnungsbau, Kreditvergabe an die lokale Wirtschaft, günstige Zinsen für Kunden-Kredite oder ein kostenloses Girokonto für alle zu gewährleisten

Alt-Oberbürgermeister Wolfgang Schuster behauptete mit Bezug auf eine eingekaufte Gefälligkeitsstudie, dass eine Stadtparkasse sich in betriebswirtschaftlicher Hinsicht in Stuttgart nicht rechnen würde, da das Stadtgebiet zu klein sei und man nicht genügend Kapital vorhalten könne, um die mittelständisch geprägte Kundenstruktur anzusprechen. Das ist völliger Unsinn. Sogar die Uhlbacher Bank mit einem Kern-Einzugsgebiet von weniger als 5.000 Einwohnern, einer Bilanzsumme von rund 50 Mio. Euro und nur zehn Mitarbeiter\_innen arbeitete profitabel und sicher.

Eine Stadtparkasse ist ohne große Komplikationen machbar. Es gab ja schon eine Stadtparkasse. Sie wurde in den 70er Jahren mit der Landessparkasse zur Landesgirokasse fusioniert. Daraus wurde durch Fusion mit der L-Bank die LBBW. Weil die L-Bank als Staatsbank das Privatkundengeschäft auf EU-Druck abgeben musste, wurde dieses auf die BW-Bank, eine frühere auf den Mittelstand orientierte Privatbank, ausgegliedert. Damit haben wir an sich schon den rechtlichen Mantel und die Organisation der künftigen Stadtparkasse. Die Stadt braucht nur ihre Anteile an der LBBW gegen die BW Bank eintauschen. Oder man spaltet die BW Bank auf in eine regionale Bank und die Stadtparkasse. Würden die 2,145 Mrd. Euro, die die Stadt momentan in der LBBW geparkt hat, in eine Stadtparkasse übertragen, so könnte mit den Basel-III-Richtlinien eine Bilanzsumme in Höhe von ca. 30 Mrd. Euro realisiert werden. Damit könnte die kommunale Bank selbst großen Konzernen alle Kreditlinien gewähren. Und wenn in einem dünn besiedelten Landkreis eine Sparkasse funktioniert, dann muss das auch in Stuttgart mit einer bedeutend größeren Bevölkerungsdichte problemlos möglich sein.

## **16. Lehren aus der Geschichte ziehen - keine Kriegsführung von Stuttgart aus**

Nicht wenige von uns haben Stuttgart noch als Trümmerfeld erlebt. Die jüdische Gemeinde war von den Nationalsozialisten in den KZs ermordet worden, wie auch viele Sozialdemokraten und Kommunisten. Tausende Stuttgarter waren im Krieg getötet worden oder in Bombenangriffen umgekommen. Nur wer die Geschichte und ihre Ursachen kennt, kann verhindern, dass sie sich wiederholt. Die Zeitzeugen des Grauens der Naziherrschaft und auch des mutigen Widerstandes dagegen sind inzwischen fast alle verstorben. In Gedenkstätten muss jetzt die Erinnerung wachgehalten werden.

Die SÖS hat deshalb die "Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e.V." von Anfang an unterstützt. Ohne die Initiative und deren Unterstützung durch die Fraktion SÖS/LINKE im Gemeinderat wäre das Hotel Silber schon längst abgerissen und der Investor Breuninger hätte darauf seinen Konsumtempel gebaut. Dass jetzt im Hotel Silber, dem ehemaligen Gestapo-Hauptquartier ein Lern- und Gedenkort entstehen soll, der den Blick in die Vergangenheit mit Gegenwartsfragen verbindet, ist ein großer Erfolg der antifaschistischen Kräfte. Das Projekt soll in partnerschaftlicher Zusammenarbeit von Haus der Geschichte, Stadtmuseum und Initiative entwickelt werden. Ob das gelingt, ob es hier zu einer wirksamen Bürgerbeteiligung kommt, hängt auch davon ab, ob sich die Stadt Stuttgart dafür stark macht und dies beim Land einfordert. Leider wurde das Raumprogramm für den Lern- und Gedenkort auf drei Halbetagen begrenzt, so steht der 2. Stock, die ehemalige Chefetage der Gestapo nicht für das Projekt zur Verfügung. Es gilt jetzt zu verhindern, dass diese Etage langfristig vermietet wird, damit die Option auf eine spätere Erweiterung offen gehalten wird.

## **US-Drohnen – Welches Recht gilt in Stuttgart?**

Die Stadt Stuttgart beteiligt sich öffentlichkeitswirksam an den Aktionen der "Mayors for Peace" (Bürgermeister für den Frieden) und hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg immer dem Friedensgedanken verpflichtet gefühlt. Wir können nicht akzeptieren, dass auf Stuttgarter Boden Kriegshandlungen geplant und ausgeführt werden. Seit der Umorganisation der Regionalkommandos der US-Streitkräfte im Jahr 2008 ist das damals neu gegründete United States Africa Command (AFRICOM) in den Stuttgarter Kelley-Barracks für Operationen in Gesamt-Afrika (außer Ägypten) zuständig, damit auch für den seit 2011 verschärft geführten Drohnenkrieg in Somalia. Nach Schätzungen werden bei diesen Angriffen zwischen 20 – 35 % Zivilisten und "Unverdächtige" getötet. Laut Medienberichten finden in Stuttgart das Aufspüren und die Überwachung der zum Abschuss freigegebenen Personen statt. Die Unterstützung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges ist Deutschland verfassungsrechtlich verboten. Da das den NATO-Streitkräften überlassene Gebiet als deutsches Staatsgebiet gilt, haben sich unserer Meinung nach auch US-Streitkräfte an deutsches Recht zu halten. Wir haben bereits eine Initiative gestartet, damit der Gemeinderat diese Vorgänge diskutiert.

## **17. Finanzieren einer ökologischen und sozialen Stadt**

Die Zukunft für eine lebenswerte Stadt zu gestalten, die Wende zu einer ökologischen und sozialen Stadt zu finanzieren, dies kann keine Frage des Geldes, sondern der politischen Absichten sein. Denn gerade die Finanzkrise hat gezeigt: Milliarden Euros waren für die Banken-Sanierung da. Milliarden Gewinne machen die Konzerne, Staatsgelder werden für Großprojekte verschleudert. Die Zukunft für eine lebenswerte Stadt zu gestalten, die Wende zu einer ökologischen und sozialen Stadt zu finanzieren, das ist zunächst einmal keine Frage des Geldes, sondern eine Notwendigkeit.

Unsere Fraktion hat zum Haushalt 2013/14 eine komplette Finanzierung eines sozialen und ökologischen Haushaltes für Stuttgart vorgelegt und bewiesen, dass diese Wende möglich und finanzierbar ist. Man muss sie nur wollen.



**Zu diesem Programm:** Mit diesem Programm legt das parteifreie Bündnis SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial) einen realistischen Gegenentwurf zur herrschenden Kommunalpolitik vor. Es beschreibt das notwendige Umsteuern angesichts des Klimawandels, der Verschleuderung von Ressourcen, weltweiter Umweltkatastrophen, die daraus folgen und der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich. Eine andere Welt ist notwendig und möglich, wenn man diese Tatsachen und ihre Folgen ernst nimmt. Kommunalpolitik heute kann sich nicht mehr nur lokal verstehen. Was wir tun und was in der Welt passiert steht in ständiger Wechselwirkung.

Der Biologe Prof. Klaus Hahlbrock, ehemaliger Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft schreibt:

*"Ohne eine rasche und drastische Änderung unseres Verhaltens zugunsten einer vitalen Biosphäre und eines Klimas, die Menschenleben auch weiterhin zulassen, ist ein Kollaps der bisherigen Lebensweise unausweichlich".*

Damit diese Änderung geschieht, ermöglicht durch eine andere Politik, dafür stehen wir in der Verantwortung, auch in der Kommunalpolitik.